Zivilgesellschaftliches Engagement & Stadterneuerung

28. - 29. November 2024

Tagung zum Jahrbuch Stadterneuerung
IfEU Jahrestagung

Bauhaus-Universität Weimar
Institut für Europäische Urbanistik

20 IfEU

Veranstaltungsorte:

Oberlichtsaal (OLS), Geschwister-Scholl-Straße 8a

Raum 105, Geschwister-Scholl-Straße 8a

Hörsaal A (HS A), Marienstraße 13C

2024, Zivilgesellschaftliches Engagement & Stadterneuerung
Tagung zum Jahrbuch Stadterneuerung, IfEU- Jahrestagung

Veranstalter:
Arbeitskreis Stadterneuerung an deutschsprachigen Hochschulen
Institut für Europäische Urbanistik, Bauhaus-Universität Weimar
Professur Raumplanung und Raumforschung, Bauhaus-Universität Weimar

Design by Dilara Hadroviç

Mur des Canuts, Lyon, Frankreich (Cover)
Fresque des Lyonnais, Lyon, Frankreich (Seite Programm, S.8)
© Katrin Hünsche (Cover Vorderseite),
Inès Jungmann (Seite Programm, Seite 8 und Cover Rückseite)

In der Stadterneuerung ist die Zivilgesellschaft oft ein treibender Akteur: Bei der Gestaltung von öffentlichen Räumen und der Sanierung leerstehender Gebäude in Selbsthilfe, in der Baukultur mit Engagement für die „Neue Altstadt", bürgerschaftlicher Initiative zur Aktivierung von Innenstädten oder Stiftungen zur gemeinwohlorientierten Bodenpolitik – die engagierte Zivilgesellschaft kommuniziert, initiiert, projektiert und trägt somit aktiv zur Stadterneuerung bei.

Der Begriff Zivilgesellschaft meint stets nichtstaatliche und nichtunternehmerische Akteure. Ihr Engagement in der Stadterneuerung umfasst politisch, unternehmerisch und sozial ausgerichtete Tätigkeiten in der Bestandsentwicklung – dies schließt klassisches Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und Protest mit ein. Sie können als Intermediäre, Raumpionier:innen und Raumunternehmer:innen auftreteten ebenso wie Vereine und Initiativen. Jedoch geht mit dem Begriff „Zivilgesellschaft" auch eine Begrenzung einher: Es bedarf eines gewissen Grads an Institutionalisierung, damit aus dem Engagement einzelner Bürger:innen eine bürgerschaftliche Initiative und schließlich eine zivilgesellschaftliche Organisation wird.

Zivilgesellschaftliches Engagement wird dabei in der Regel positiv konnotiert. „Zivil" steht für einen zivilisierten Umgang miteinander ebenso wie für humanitäre Grundwerte. „Engagement" bedeutet, sich freiwillig und selbst aktiv einzusetzen. In der Kombination kann zivilgesellschaftliches Engagement als auf gesellschaftliche Werte und/oder am Gemeinwohl orientiert aufgefasst werden. Durch die selbstorganisierte, häufig ehrenamtliche und nicht auf Profit ausgelegte Tätigkeit können soziale Integration erreicht, Netzwerke gebildet, Sozialkapital gestärkt oder die soziale Infrastrukturausstattung verbessert werden – und dies in unterschiedlichen räumlichen Maßstäben von der Hausgemeinschaft bis zum Quartier, in die Gesellschaft und unterschiedliche Akteurssphären hinein.

Diese positiven Zuschreibungen können allerdings im Kontrast zur Realität stehen und diese sogar verdecken, wenn mit dem Engagement private Interessen oder dem Gemeinwohl entgegenstehende Ziele verfolgt werden. Auch kann mit der Förderung von ehrenamtlicher Arbeit eine Responsibilisierung der Zivilgesellschaft für staatliche Aufgaben und ein Rückzug des Staates einhergehen. Insbesondere im Rahmen der Bund-Länder-Programme wurden hierzu zwiespältige Erfahrungen gesammelt, wenn mit weniger Fördermitteln mehr ehrenamtliches Engagement erwartet wurde. Diese Formen des „top-down aktivierten", instrumentalisierten Engagements bleiben außerdem oftmals auf die Förderperioden beschränkt, wenn keine Verstetigungsstrategie folgt.

Nachdem es in den vergangenen Tagungen oftmals eine wichtige, aber stets dem jeweiligen Thema untergeordnete Rolle gespielt hat, wird in diesem Jahr das Verhältnis von Stadterneuerung und zivilgesellschaftlichem Engagement grundsätzlich thematisiert. Dabei werden unterschiedliche Handlungsfelder der Stadterneuerung und Städtebauförderung angesichts unterschiedlicher Formen des Engagements betrachtet – von institutionalisierten bis hin zu emanzipativen Initiativen oder selbstorganisierten Protesten.

PROGRAMM

Donnerstag, 28. November 2024

09:30 Uhr		**Ankommen**
10:00 Uhr	Plenum OLS	**Willkommen & Grußworte** Ulrike Kuch, Sigrun Langner, Daniela Zupan, Grischa Bertram
10:30 Uhr	Plenum OLS	Renée Tribble, Grischa Bertram **Stadterneuerung & Zivilgesellschaft - Einführungsvortrag**
11:00 Uhr	Plenum OLS	**Überblick & Theorie** **Moderation:** Holger Schmidt

1. Sandra Huning/Katrin Gliemann/Robert Barbarino
Zwischen inklusiven Ansprüchen und exklusiven Wirkungen: Soziale Ungleichheit und Zivilgesellschaft in der Stadterneuerung 9

2. Negin Amiri/Frank Othengrafen
Stadtplanung und soziale Resilienz: Transformativer Wandel durch bürgerschaftliches Engagement 10

3. Kartin Großmann/Ria Maria Adams
Peripherisierung und Zivilgesellschaft: zwischen Selbstresponsibilisierung, Austerität und Ermächtigung 11

4. Adalbert Evers/Verena Schmid
Zivilgesellschaftliches Engagement als Teil interaktiver Governance: Befunde aus einer Untersuchung der Klimapolitik ausgewählter Städte in Baden-Württemberg 12

13:00 Uhr Pause

14:00 Uhr Track 1 **(Zeit-)Geschichtliche Einordnung**

OLS **Moderation:** Gisela Schmitt

5. Kathrin Meißner
Strategien und Praktiken von Kommunikation und Öffentlichkeit (zivil-)gesellschaftlicher Akteure um Stadterneuerung im Ost-Berlin der 1970er und 1980er Jahre 14

6. Katharina Kirsch-Soriano da Silva/Judith M. Lehner
Eine Neubetrachtung der Sanften Stadterneuerung in Wien 16

7. Jonas Jehnichen
Zivilgesellschaftliches Engagement für postneoliberale Stadterneuerung 17

8. Anton Brokow-Loga/Line Bernstein
Systemrelevant? Urbane Beteiligungskultur während und nach Corona 18

Track 2 **Beteiligung und Aktivierung**

HS A **Moderation:** Jan Polivka

9. Katja Friedrich/Stefanie Rösler
Aktivierung von Zivilgesellschaft zur Veränderung städtischer Atmosphären – Befunde aus ostdeutschen Großwohnsiedlungen 20

10. Verena Gernert/Mone Böcker
„Neuerfindung" von Nachkriegssiedlungen in Hamburg – Dialog oder Fachdiskurs? 21

11. Luca Braun
Grünräume mit Biss: Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure in der Nutzung von „essbaren" Parks.....22

12. Heike Hanhörster/Miriam Neßler/Lara Hartig/Nora Oertel Ribeiro
Wer ist hier „hard to reach"? Zur Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen bei der Beteiligung von Neuzugewanderten in der Dortmunder Nordstadt.....23

16:00 Uhr Pause

16:30 Uhr Track 1 OLS **Initiativen: Mobilisierung & Selbstorganisation**
Moderation: Detlef Kurth

13. Harald A. Mieg/Heike Oevermann/Hans-Peter Noll
Wer ist Zivilgesellschaft? Das UNESCO-Welterbe Zollverein, Essen und der Stadtteil Katernberg.....25

14. Marina Mironica/Firdes Firat
Klimagerechte Stadterneuerung – Die Rolle der Zivilgesellschaft und ihrer interdisziplären Kämpfe Berlin.....27

15. Lisa Kamphaus
Mit „Community Forschung" Teilhabe in gemeinwohlorientierter Stadterneuerung stärken.....28

16. Annegret Haase/Ariane Jedlitschka/
Anna Morawek/Matthias Petzold
Experiment Superblocks im Leipziger Osten: Erfahrungen aus der lokalen Ko-Produktion zwischen Zivilgesellschaft, Kommune und Wissenschaft für die Verkehrswende im Quartier.....29

Track 2 **Initiativen: Kämpfe & Ressourcen**
HS A **Moderation:** Ronald Kunze

17. Josefine Klaus/Tabea Schubert/Lukas Geisler
Leerstand und Utopie. Die Kämpfe um den Campus Bockenheim.....30

18. Bettina Knoop
Wenn Möglichkeitsräume sich schließen – zur Erfahrung von Leerstand und Brachen durch Raumpionier:innen am Beispiel der geschrumpften Stadt Görlitz.....32

19. Xiaohong Tan
Alternative Mikro-Stadterneuerungsstrategien für städtische Dörfer in China.....34

20. Dagmar Pelger
Kooperative Soziokulturpaläste – oder wie kann eine gemeinsame Planung der Stadt gelingen? Mapping-Cases aus Kassel.....36

18:30 Uhr Plenum **Reflexion der Erkenntnisse des Tages**
OLS **Moderation:** Gisela Schmitt, Holger Schmidt, Jan Polivka, Detlef Kurth und Ronald Kunze

Freitag, 29. November 2024

09:00 Uhr Plenum **Aus der Praxis (Input & Podium)**
OLS **Moderation:** Renée Tribble

21. Laura Doyé
Akteursgruppe: Zivilgesellschaft 37

22. Hendrik Weiner
Forschende Lehrprojekte als Urban Living Labs in der Stadt: Hybride Settings für neue öffentlich-zivile Kooperationen 39

23. Lisa Kaufmann/Linda Ponradl
Fragiles Gerüst: Der Einfluss der Nachverdichtung auf das soziale und räumliche Gefüge in der Platensiedlung 41

10:00 Uhr Pause

10:30 Uhr Track 1 **Koproduktion**
OLS/R.105 **Moderation:** Jan Polivka

24. Laura Calbet Elias/Aya Isabell Kleine
Das Private ist politisch. Aushandlungen zwischen Gemeinwohl und privaten Interessen im Rathausblock (Berlin) 42

25. Marieke Behne/Dominique Peck/ Renée Tribble/Marius Töpfer/Lisa Marie Zander
Test- und Verhandlungsräume der Stadterneuerung 43

26. Anna Heiligmeier
Selbstverwaltet Kommunal – Zur Verwebung von Selbstverwaltungsprozessen und kommunaler Daseinsfürsorge in der Stadtentwicklung 44

27. Paola Alfaro-d'Alençon/Franziska Dehm/
Susana Restrepo Rico/Nikolaus Podlaha/Julia Tasic
DFG Kopro Int. 46

Track 2 **Peripherie und ländlicher Raum**

OLS/R.105 **Moderation:** Uwe Altrock

28. Maria Frölich-Kulik/Lukas Pappert/
Sigrun Langner/Anke Hagemann
Raumbilder als Werkzeug zur Einbindung von Zivilgesellschaft in strategische Planungen.....47

29. Sebastian Juhnke/Torsten Wißmann/Isabelle Tischer
Eine digitale Plattform zur Stärkung von Bürgerbeteiligung und Engagement in Kleinstädten und Gemeinden.....48

30. Nina Gribat/Hannes Langguth
Zwischen Erwartungsdruck und Engagement: Zivilgesellschaftliche Initiativen der Bestandsentwicklung in ländlichen Räumen Ostdeutschlands.....50

31. Antonia Lenz
Relevanz und Vielfältigkeit kooperativer Ortsentwicklung.....51

12:30 Uhr Plenum OLS **Abschlussdiskussion, Zusammenfassung & Ausblick**

Moderation: Renée Tribble, Grischa Bertram

13:00 Uhr Pause

14:15 Uhr

Rahmenprogramm

Tour 1: Kommunale Moderne in Weimar 1909-1945
Führung mit Oliver Trepte
Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Lehrstuhl Denkmalpflege und Baugeschichte

Tour 2: Selbstorganisierte Räume für Wohnen und Gewerbe in der Weimarer Westvorstadt: Alte Feuerwache und WerkBank
Führung mit Anton Brokow-Loga
Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Lehrstuhl Sozialwissenschaftliche Stadtforschung

Tour 3: Weimarer Initiativen des Altstadterhalts der 1980er Jahre
Führung mit Fridtjof Florian Dossin
Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Graduiertenkolleg Identität und Erbe

Tour 4: Kleiner Bauhaus-Spaziergang
Hauptgebäude der Bauhaus-Universität Weimar, erbaut von Henry van de Velde, mit Vestibül, Treppenhäusern, Wandbildern, Ateliers, Gropius-Zimmer

Bitte tragen Sie sich in die Listen ein, soweit Sie sich nicht bereits online anmelden konnten.

AUSZÜGE

1. Zwischen inklusiven Ansprüchen und exklusiven Wirkungen: Soziale Ungleichheit und Zivilgesellschaft in der Stadterneuerung

Sandra Huning, *TU Dortmund*
Katrin Gliemann, *TU Dortmund*
Robert Barbarino, *Humboldt-Universität zu Berlin*

In Debatten über Stadterneuerung spielt „Zivilgesellschaft" häufig nicht nur als analytisches, sondern auch als normatives Konzept eine wichtige Rolle. Die Einbindung von zivilgesellschaftlichen Akteuren in Stadtentwicklungsprozesse ist Ausdruck einer guten partizipativen Praxis. Gleichzeitig ist jedoch unumstritten, dass es „die" Zivilgesellschaft nicht gibt, sondern dass hier gesellschaftliche Ungleichheiten sowie Muster von Privilegien und Diskriminierung ebenso wirksam werden wie in anderen gesellschaftlichen Bereichen. Dies gilt umso mehr in Quartieren, in denen sich verschiedene soziale Gruppen zivilgesellschaftlich organisieren, die und nicht immer gleiche Ressourcen haben, sich in Politik und Verwaltung Gehör zu verschaffen. Dieser Beitrag argumentiert, dass der Wunsch von Stadtplaner*innen, Zivilgesellschaft zu aktivieren und ausdrücklich in Stadterneuerungsprozesse einzubeziehen, unabsichtlich Ungleichheiten unter den Betroffenen sowie Ein- und Ausschlussmechanismen verstärken kann, wenn die unterschiedlichen Voraussetzungen für zivilgesellschaftliche Teilhabe nicht mitbedacht und de facto solche Stimmen privilegiert werden, die vom Habitus und der Artikulationsfähigkeit anschlussfähig sind an planerische Diskurse. Gerade in benachteiligten Quartieren können so blinde Flecken entstehen und Ungleichheiten verstärkt werden.

Aufbauend auf einer Fallstudie über einen Stadterneuerungsprozess in einem als benachteiligt geltenden Quartier in einer westdeutschen Großstadt, diskutieren wir, wie es im Prozess zu solch einem Bias kommen und wie die Aufmerksamkeit von Planer*innen dafür geschärft werden kann. Im Anschluss plädieren wir einerseits für eine stärkere Reflexion der Beteiligung von Zivilgesellschaft jenseits idealisierter deliberativer Modelle und dafür, sozialen (Ungleichheits) Verhältnissen sehr viel mehr Beachtung zu schenken. Andererseits verweisen wir auf die Bedeutung lokaler Kommunikationsstrukturen, über die in einer Stadterneuerungsprozessen vorgeschalteten „Phase Null" bereits die Weichen für eine inklusive Einbindung unterschiedlicher Gruppen der Zivilgesellschaft gestellt werden können.

2. Stadtplanung und soziale Resilienz. Transformativer Wandel durch bürgerschaftliches Engagement

Negin Amiri, *TU Dortmund*
Frank Othengrafen, *TU Dortmund*

Bürgerinnen und Bürger sind mit einer Vielzahl von Herausforderungen und Unsicherheiten konfrontiert, wie z. B. dem Klimawandel, steigenden Wohnungspreisen und ungleichem Zugang zu städtischen Dienstleistungen (Horlings et al. 2021). Viele zivilgesellschaftliche Akteure sind der Meinung, dass staatliche oder kommunale Akteure nicht schnell oder umfassend genug auf diese Herausforderungen reagieren. Gleichzeitig fühlen sich einzelne Akteure auch dafür verantwortlich, aktiv gegen den Klimawandel vorzugehen, lebenswerte Nachbarschaften zu schaffen, Lärm und Umweltverschmutzung zu reduzieren oder die Biodiversität in der Nachbarschaft zu erhalten. In beiden Fällen führen die fortschreitenden Nachhaltigkeitsambitionen (Dale et al. 2010; Feola & Nunes 2014; Frantzeskaki et al. 2016; Seyfang & Longhurst 2015) zu einer Zunahme bürgerschaftlichen Engagements und gemeinschaftsbasierter Initiativen.

Gleichzeitig führt das erneuerte Interesse an Gemeinschaften, Orten und lokaler Identität auch zu einer erhöhten Bereitschaft, die Entwicklung von Gemeinschaften selbst in die Hand zu nehmen. Gemeinschaf-ten werden hier als konkrete Lebensräume betrachtet, in denen Bürgerrechte erstritten, Bewegungen gegen soziale Ausgrenzung inszeniert und neue politische Formen bzw. Rechte definiert werden (Moulaert 2010, 6). In diesem Kontext wird davon ausgegangen, dass Gemeinschaften eine Art transformative Fähigkeit entwickeln können, ihre Ziele in einem von Veränderungen geprägten Umfeld durchzusetzen (Magis 2010, 401). Ob solche Initiativen ihre Ziele langfristig erreichen können, hängt jedoch oft von ihrer Fähigkeit ab, Unterstützung aus dem breiteren gesellschaftspolitischen Umfeld zu erhalten, an (lokalen) Entscheidungsprozessen teilzunehmen und sich mit Kommunen (Politik und Verwaltung) und anderen lokalen Akteuren zu vernetzen (Castán Broto et al. 2019; Healey 2015; Igalla et al. 2019; Ziehl 2020).

Bislang gibt es aber nur wenig empirische Studien, die sich mit der Praxis und den Prozessen zivilgesell-schaftlich orientierter Stadtplanung und dem transformativen Wandel durch bürgerschaftliches Engage-ment beschäftigt haben. Hier setzt der vorliegende Beitrag an, in dem er Ergebnisse aus fünf nationalen Fallstudien (und evtl. ausgewählten internationalen Fallstudien)1 präsentiert und herausstellt, wie zivilgesellschaftliche Initiativen Teil kooperativer Stadterneuerungsvorhaben und neuer Partnerschaften (Trägerschafts- oder Betreibermodelle o.ä.) werden und inwiefern es gelingt (oder auch nicht), gleichberech-tigte Partnerschaften zwischen öffentlichen Akteuren und zivilgesellschaftlicher und gemeinwohlorientierter Initiativen aufzubauen.

3. Peripherisierung und Zivilgesellschaft: zwischen Selbstresponsibilisierung, Austerität und Ermächtigung

Katrin Großmann, *FH Erfurt*
Ria Maria Adams, *Universität Wien*

„Wenn wir es nicht selbst machen, macht es keiner" – dieser Satz taucht wiederholt in Gesprächen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren in peripherisierten Orten auf. Peripherisierung, also die Produktion sozialräumlicher Ungleichheiten in Städten oder Regionen, führt zu ökonomischen, administrativen und politischen Abhängigkeiten der betroffenen Siedlungsstrukturen. Die Analysen fokussieren sich häufig auf ökonomische und demographische Prozesse sowie deren Auswirkungen auf lokale Gestaltungskapazitäten. Doch wie beeinflusst Peripherisierung die lokale Zivilgesellschaft?

Der oft geäußerte Gedanke, selbst aktiv werden zu müssen, beschreibt ein vielschichtiges Dilemma der Zivilgesellschaft. Auf dem Ehrenamt ruhen große Erwartungen, da es in vielen Orten als Humankapital und Entwicklungsressource gilt, besonders dort, wo andere Ressourcen rar geworden sind. Vereine, Initiativen und ehrenamtliches Engagement gelten als die eine Struktur, die in den so genannten „strukturschwachen Regionen" zu den (noch) vorhandenen Stärken zählt. Zivilgesellschaftliche Akteure arbeiten jedoch auch unter den Bedingungen der Peripherisierung: Abwanderung und Alterung, Abhängigkeit von Zuwendungen und Fördermitteln, Austerität und Fremdbestimmung in der Mittelverwendung aufgrund von Haushaltssperren.

Unsere Forschungsarbeiten in Deutschland, Finnland und Norwegen zu peripher(isiert)en Gemeinden zeigen Handlungsmuster und -logiken zivilgesellschaftlicher Akteure, die zunächst einigen Stereotypen von und akademischen Zuschreibungen zu zivilgesellschaftlichen Initiativen widersprechen. Diese Initiativen und ihre zivilgesellschaftlichen Akteure sind weder per se traditionell und rückwärtsgewandt, noch sind sie die alleinigen Hoffnungsträger für die Entwicklung dieser Orte, zu denen sie gerne gemacht werden. Unsere Ergebnisse zeigen, dass sie sowohl Ermächtigung und Autonomie erfahren, als auch mit Autonomieverlust, Responsibilisierung und Selbstresponsibilisierung konfrontiert sind.

Förderprogramme können sowohl fördern als auch überfordern – und damit ins Leere laufen. Gemeinsam ist den von uns untersuchten Initiativen dass Peripherisierung zu einem spezifischen Handlungskontext wird, der ihre Handlungsspielräume oft stark einschränkt und gleichzeitig hohe Anforderungen stellt. Der deutsch-finnische Vergleich betont/zeigt die entscheidende Rolle staatlicher Unterstützung : Austerität ist kein normales und unvermeidliches Schicksal von peripheren Orten, denn bei entsprechendem politischen Willen kann der Staat Ressourcen vom Zentrum in die Peripherie umverteilen.

4. Zivilgesellschaftliches Engagement als Teil interaktiver Governance: Befunde aus einer Untersuchung der Klimapolitik ausgewählter Städte in Baden-Württemberg

Adalbert Evers, *Justus-Liebig Universität Gießen*
Verena Schmid, *Intersectoral School of Governance Baden-Württemberg*

Diesem Beitrag liegen zwei Beobachtungen zugrunde. Der Bereich der lokalen Umwelt- und Klimapolitik hat für Konzepte und Praktiken von Stadterneuerung erheblich an Bedeutung gewonnen. Gleiches gilt für Fragen der möglichen Beiträge der Zivilgesellschaft.

Vor diesem Hintergrund hat unsere Projektstudie zur lokalen Klimagovernance veränderte und innovative Formen der Beteiligung der Stadtgesellschaft ins Zentrum gestellt – „Interaktion" als Aufmerksam-keit für das Wechselspiel zwischen institutionalisierter Politik und Verwaltung und den Aktionen und Beiträgen von lokal engagierten Bürger:innen, Initiativen und Organisationen. Wir haben uns dabei auf Beiträge aus der internationalen sozialwissenschaftlichen Debatte zu Fragen der Entwicklung „interaktiver", „intersektoraler", „intermediärer" und „kollaborativer" Governance gestützt. In sieben Städten Baden-Württembergs (Freiburg, Heidelberg, Heilbronn, Karlsruhe, Stuttgart, Tübingen, Ulm) haben wir mit Netzwerkrecherchen, einer Sichtung von Dokumenten und in Interviews mit Vertreter:innen lokaler Verwaltungspolitik sowie Organisationen und Initiativen aus der Stadtgesellschaft entsprechende Ent-wicklungen sondiert.

Fazit: In allen Städten hat die Bedeutung lokaler Klimapolitik als neue Politik- und Verwaltungsaufgabe (Beiräte, Klimaschutzbeauftragte, Klimaschutzpläne und -berichte) zugenommen, aber auch die Vielfalt der Formen, mit denen man sich seitens der Stadtgesellschaft Gehör zu schaffen versteht. Vier Schwerpunkte für intersektorale Kooperation lassen sich ausmachen:

1. Bürgerbeteiligung, die vor allem auf die Auseinandersetzung (Information und Diskussion mit Einzelbürgern setzt - auf die Revitalisierung alter (Bürgerversammlungen, Bürgerbegehren) und die Einrichtung neuer Beteiligungsmöglichkeiten (Konsultation von Bürgerräten)

2. spezielle Plattformen und Verfahren zur Beteiligung von „Stakeholdern", von besonders be-troffenen und interessierten Akteuren und Organisationen bei Planungen in einem Stadtviertel oder Problemsektor

3. Konzepte und Maßnahmen, öffentliche Diskussion und Erarbeitung neuer Leitbilder für nach-haltige Stadtentwicklung, die über die Behandlung von Einzelzielen (CO2-Reduktion) hinausgehen

4. Praktiken der „Koproduktion“, bei denen Stadtverwaltung und -politik mit Bürger:innen, Ein-wohner:innen und Gewerbetreibenden bei der Konzeption, der Einrichtung und dem Betrieb von Angeboten und Dienstleistungen zusammenarbeiten - z.B. bei der Gebäudeenergieversor-gung oder der Infrastrukturentwicklung im Stadtteil.

Unsere Nachzeichnung von entsprechenden Formaten einer Einbeziehung der Zivilgesellschaft verweist darauf, dass es um mehr geht als die Addition von Bürgerbeteiligungsverfahren an sonst unveränderte Praktiken von Politik, Verwaltung und Wirtschaft. Veränderte Formen der Mit-bestimmung und Mit-verantwortung in einer interaktiven Governance sind Modernisierungsschritte, die das Selbstverständnis aller beteiligten Akteure und Sektoren betreffen. Damit stelle sie auch Fragen zur Weiterentwicklung eines geteilten Demokratieverständnisses. Sie signalisieren heute für die einen mehr Demokratie, für die anderen eher neue Formen der Bevormundung.

5. Strategien und Praktiken von Kommunikation und Öffentlichkeit (zivil)gesellschaftlicher Akteure um Stadterneuerung im Ost-Berlin der 1970er und 1980er Jahre

Kathrin Meißner, *TU Berlin*

Stadterneuerung bildete in der Ära Honecker einen zentralen Baustein nicht nur in Bauwesen, -ökonomie und Wohnungsbauprogramm. Über die propagierte Einheit von Sozial- und Wirtschaftsentwicklung wollte die SED-Parteiführung gesellschaftlichen wie städtebaulichen Modernität und Fortschritt demonstrieren und damit vor allem zur politisch-öffentlichen Selbstdarstellung sozialistischer Staatssouveränität beitragen. In der Realität bedingten Mangelwirtschaft, industrielle Standardisierung, monofunktionales Bauwesen und überlastete Verwaltungen allerdings einen anhaltenden Wohnungsmangel. Durch zunehmenden Verfall sowie Leerstand infolge fehlkalkulierter Instandsetzung und Modernisierung der innerstädtischen Altbaubestände verschärfte sich die Wohnungsnot sogar. Diese Missstände zeigten sich vor allem in der lokalen Alltagspraxis zwischen Stadtbezirkspolitik, Kommunaler Wohnungsverwaltung und Bevölkerung.

Der Beitrag blickt die sozialräumlichen Aushandlungsarena im Ost-Berliner Altstadtbezirk Prenzlauer Berg, der sich zum einen durch eine besonders engagierte und formal wie informell aktive Anwohnendenschaft auszeichnete, und zum anderen stark von Verfall und gleichzeitig Vorreiterprojekten wie sozialistischen Prestigevorhaben geprägt war.

Die (betroffene) Bevölkerung wie auch weite Kreise der Stadtplanung auf nationaler Ebene bis hin zu kommunalen Behörden regten hier Ideen an, erprobten neue Konzepte „Komplexer Modernisierung“ und „Komplexer Rekonstruktion“ und kritisierten zunehmend in übergreifenden (fach)öffentlichen Diskursen die realen Engpässe und Defizite. Aushandlungsprozesse um verzögerte und bevorzugende Wohnraumvergabepraktiken, bürgerinitiierte Umgestaltungen sowie informelle Raumaneignungen („Schwarzwohnen“) als auch sozialistische Instandsetzungs- und Modernisierungsprogramme der Nationalen Front prägten die soziale Alltagskommunikation. Damit bildeten sie weit mehr als stadterneuerungs- und wohnungsspezifische Inhalte ab, sondern zeigten gerade im zeitlichen Verlauf die Entwicklung unikaler Aushandlungsprozesse als Teil einer sich transformierenden DDR-Planungskultur und heterogenen Gesellschaft. Einzelanliegen wurden zu Kollektivinteressen und verbanden sich immer häufiger mit übergeordneten Themen von stadterneuernder Wohnungspolitik und in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre nicht selten gruppenübergreifend mit Gedanken von Staatskritik und Reformbestrebungen eines vermeintlichen zum tatsächlichen Realsozialismus der DDR.

Der Beitrag zeigt entlang vielfältiger Formen und Wege "eigen-sinnigen" Engagements von Akteuren auf lokaler Ebene die "Grenzen der Diktatur" auf. Dabei wurde bspw. das etablierte Eingabewesen ausgeweitet, um Kollektivinteressen und -kritiken von Haus- und Interessengemeinschaften auszudrucken oder sogar eigens erarbeitete Modernisierungs- und Umgestaltungskonzepte der eigenen Nachbarschaft aufzuzeigen. Des Weiteren ermöglichten zahlreiche neue Formate von kommunaler Seite „Räume des Mitmachens", um durch lokale Informations- und Anlaufstellen den gesellschaftlichen Austausch, wie in Bürgerbüros, Ausstellungen, Sprechstunden oder öffentlichen Ratssitzungen, zu (ver)stärken und als 'freiwilliges' sozialistisches Engagement zu initiieren. Gleichzeitig praktizierte das autokratische SED-Regime mittels repressiver Sanktionierungsmaßahmen eine „Diktatur der Grenzen".

So reflektiert der Beitrag Spannungsverhältnisse von Machtstrukturen sowie ge- bzw. verwehrten Öffentlichkeiten und hinterfragt kritisch Selbst- und Fremdzuschreibungen sowie inklusive wie exklusive Aspekte der (zivil?)gesellschaftlichen Akteure und Interessengruppen. Über die Betrachtung und Aufarbeitung einer spezifischen Planungskultur des DDR-Sozialismus hinaus erlaubt der Beitrag Anknüpfungspunkte zur Diktatur- und Demokratieforschung sowie gegenwärtigen (kritischen) Diskursen partizipativer Stadtplanung und kritischer Stadttheorie um den „Recht auf Stadt"-Diskurs.

6. Eine Neubetrachtung der Sanften Stadterneuerung in Wien: Handlungsstrategien für den Bestand und die Bedeutung von zivilgesellschaftlichem Engagement

Katharina Kirsch-Soriano da Silva, *TU Wien/FH Campus Wien*
Judith M. Lehner, *TU Wien/Universität für angewandte Kunst in Wien*

Vor genau 50 Jahren begann in Wien die Geschichte der Sanften Stadterneuerung. Ausgangspunkt war das 1974 im österreichischen Parlament beschlossene Stadterneuerungsgesetz. Die Gestzesmaterie verstand Stadterneuerung vorrangig als Assanierung und sollte Flächensanierung durch Abbrucharbeiten und Neubebauung möglich machen, bei Bedarf auch mittels Enteignung. Tatsächlich zeichnete sich im Wien der 1970er Jahre allerdings ein Paradigmenwechsel hin zu einem „behutsamen" und partizipativen Umgang mit den historischen Vierteln der Stadt ab. Für diese Wende im programmatischen Zugang zur Stadterneuerung waren auch Interventionen aus der Zivilgesellschaft wesentlich: Proteste gegen Abriss und Neubau am Spittelberg sowie ein Dokumentarfilm über das Planquadrat, der die Alltagsperspektiven der vor Ort lebenden Menschen in das Hauptabendprogramm des Fernsehens und damit in den medialen Diskurs brachte.

Ausgehend von der Entstehung und Entwicklung der Programmatik der Sanften Stadterneuerung stellt sich die Frage, was die Schnittstellen der staatlichen bzw. stadtverwalterischen Strategien mit dem zivilgesellschaftliches Engagement charakterisiert? Basierend auf 16 biographischen Interviews mit Wegbegleiter:innen der Sanften Stadterneuerung zeichnen wir Handlungsstrategien und Praktiken über mehrere Jahrzehnte nach. Zivilgesellschaftliches Engagement erweist sich dabei in unterschiedlichen Facetten als bedeutsam. Selbst organisierte gemeinschaftliche Wohnprojekte erprobten in den 1980er Jahren die gerade neu entwickelten Instrumentarien der Sanierungsförderung und fungierten als Praxisprojekte, um diese weiterzuentwickeln. Die Bekämpfung von Wohnungsspekulation führte zu Initiativen von Mieter:innen in Spekulationshäusern und Demonstrationen sowie zu einer Offensive der wohnrechtlichen Beratung als Form der Ermächtigung. Mehrfach- und Zwischennutzungen – die teilweise bottom-up von engagierten Personen und Gruppen, teils als Impulse seitens der von der Stadt beauftragten Gebietsbetreuungen initiiert waren – wurden zu Strategien, um Raumressourcen zu erschließen, vielfältige Nutzungen auszuprobieren und Stadträume anders zu denken.

Unsere Neubetrachtung der Sanften Stadterneuerung soll einen Beitrag leisten, Entwicklungen in ihren verschiedenen zeitgeschichtlichen Perspektiven besser zu verstehen und Lernerfahrungen zu identifizieren. Diese können als Inspirationsquelle für heutige Handlungsstrategien dienen – sei es im Umgang mit der Klimakrise und dem nach wie vor aktuellen Anspruch des leistbaren Wohnens, sei es in Hinblick auf soziale Teilhabe für vielfältige Bevölkerungsgruppen und Schnittstellen zu zivilgesellschaftlichen Initiativen.

7. Zivilgesellschaftliches Engagement für postneoliberale Stadterneuerung - Die Initiative für ein Soziales Zentrum in der alten JVA Göttingen und ihr Framing der Stadtpolitik

Jonas Jehnichen, *Georg-August-Universität Göttingen*

Ein zentraler Aspekt zivilgesellschaftlichen Engagements ist das Verhältnis zu politischen Akteur*innen. Urbane soziale Bewegungen, wie etwa Initiativen für Stadterneuerung, beziehen sich dabei auf lokale Stadtpolitik. Diese ist vielerorts von Prozessen der Neoliberalisierung, in Form von Privatisierungsprojekten und einer Ausrichtung als Unternehmerische Stadt geprägt – auch in der Universitätsstadt Göttingen. Im Mittelpunkt der Stadterneuerung Göttingens steht eine seit 2007 leerstehende JVA in der nördlichen Innenstadt, die die Stadt Göttingen 2024 zum Verkauf ausgeschrieben hat. Der vorliegende Beitrag behandelt die Initiative für ein Soziales Zentrum in der JVA und ihr Framing der Stadterneuerung und Kommunalpolitik. Auf Grundlage von Interviews mit darin engagierten Personen und Publikationen der Initiative wurde eine qualitative Inhaltsanalyse der diagnostischen, prognostischen und motivationalen Frames der Bewegung durchgeführt. Dabei wird deutlich, dass die Stadt Göttingen als Antagonistin wahrgenommen wird und im Zentrum der Kritik steht. Die Initiative wirft ihr eine investorennahe Privatisierungspolitik, die zu Prozessen der Gentrifizierung führe und unkooperativen bis ignoranten Umgang mit zivilgesellschaftlichem Engagement vor. Statt einer Privatisierung des Gebäudes fordert die Initiative eine gemeinnützige Nachnutzung als soziales Zentrum im Sinne eines nicht-kommerziellen, öffentlichen Begegnungsortes. Die Stadterneuerung betrifft damit zwei miteinander verwobene, aber unterschiedliche Dimensionen: einerseits die Eigentumsverhältnisse, also kollektives statt Privateigentum; andererseits geht es um emanzipatorische Raumproduktion (Lefebvre 1968), also eine bedürfnisorientierte anstatt marktförmiger Organisation städtischen Raumes. Angesichts dieses Framings der Stadtentwicklung und der unternehmerischen Kommunalpolitik lässt sich die Initiative Soziales Zentrum Göttingen und ihr Vorhaben als postneoliberale Strategie zivilgesellschaftlicher Stadterneuerung auffassen. Die Ergebnisse legen nahe, (zivilgesellschaftliche) Stadterneuerung auch in Zukunft vor dem Hintergrund von Prozessen der Neoliberalisierung zu betrachten.

8. Systemrelevant? Urbane Beteiligungskultur während und nach Corona

Anton Brokow-Loga, *Bauhaus-Universität Weimar*
Line Bernstein, *Stadtverwicklung GmbH*

Partizipation und Koproduktion werden von der Nationalen Stadtentwicklungspolitik als wichtige Ermöglicher für eine resiliente, innovative und flexible Stadterneuerung gefordert und gefördert. Über diese Forderung hinaus scheint weitreichende Einigkeit über den hohen Bedarf an mehr Agilität in Verwaltungen und Governance-Ansätzen mit kooperativen Steuerungsformen zu herrschen. Gleichzeitig häufen sich die Sammlungen der Instrumentarien und Werkzeugkoffer im Wunderkabinett der koproduktiven Stadt unter dem Motto: „Macht Stadt gemeinsam!" Dieser Flickenteppich an Visionen und beispielhaften Leuchtturmprojekten scheint so außergewöhnlich, dass er den Kommunalvertreter*innen im Alltag unübertragbar erscheint. Dieser Beitrag untersucht, welche institutionelle Beteiligungsstrukturen über Stadtgrenzen hinweg implementiert werden müssten, um zivilgesellschaftliche Beteiligungskultur zu ermöglichen – besonders im Angesicht von Krisen.

Denn die Corona-Krise stellte das städtische Zusammenleben auf eine harte Probe. Nicht nur sozialer Austausch, Kultur und Verkehr, sondern auch die kommunale Demokratie fand in ungewohntem Fahrwasser statt. Wer kann in und nach der Krise mitsprechen? Wie verändert sie das Zusammenspiel von Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft? Die Vortragenden stellen anhand von mehreren Fallstudien des BMWSB-Pilotprojekts "Post-Corona-Stadt: Reallabor Alte Feuerwache und Zentrum für Beteiligungskultur" in Thüringer Klein-, Mittel- und Großstädten die Auswirkungen der Krise auf die kommunale Beteiligungskultur vor. Line Bernstein und Anton Brokow-Loga fragen mit interdisziplinärem Blick nach der kommunalen Krisenbewältigung und erfolgreichen Governance-Strukturen im Kontext multipler Krisen.

Im Zentrum des Beitrags steht damit zum einen die konzeptionelle Herausarbeitung und Diskussion der Dimensionen einer krisenresilienten städtischen Beteiligungskultur und die empirische Analyse, wie diese in den jeweiligen lokalen Kontexten verankert ist. Zum anderen wird die Notwendigkeit einer Beteiligungsstruktur im Sinne institutioneller und adaptiver Governance-Arrangements hervorgehoben. Anhand von Ergebnissen aus Aktionsforschung zwischen 2021 und 2024 werden vier konkrete Ansätze zur Etablierung dieser Strukturen diskutiert

1. Strategische Entwicklung von Stadt- und Gründungslaboren in Stadterneuerungskulissen bzw. Strukturwandelprozessen;

2. Kreative, prozessorientierte und koproduktive Transferwerkstätten zur lokalen Beteiligungspraxis;

3. Niedrigschwellige Stammtischformate für zivilgesellschaftliche Akteure und dazugehörige Quartiersfonds als basisdemokratische Bieterkreise;

4. Selbstverwaltete, renditefreie Immovilienprojekte in Gebieten der Stadterneuerung und -entwicklung mit dem Zusatz einer Dachgesellschaft für Projekte.

Diese Ansätze werden von den beiden Referent*innen eingeordnet und eingebettet in Dynamiken, die zwar post-corona sind, aber nach wie vor unmittelbar inmitten multipler Krisen stattfinden. Ihr kritischer Ansatz versteht sich dabei als Einladung zu Reflexion, Debatte und alternativen Praxis.

9. Aktivierung von Zivilgesellschaft zur Veränderung städtischer Atmosphären – Befunde aus ostdeutschen Großwohnsiedlungen

Katja Friedrich, *Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung*
Stefanie Rößler, *Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung*

Können zivilgesellschaftliche Akteure städtische Atmosphären im Sinne eines guten Miteinanders beeinflussen? Im Kontext ostdeutscher Großwohnsiedlungen beschreiben wir herausfordernde Situationen und wie die Zivilgesellschaft das Zuhause einer diversen Bewohnerschaft versucht lebenswert zu machen.
Die baulichen, sozio-demografischen und sozio-ökonomischen Bedingungen unserer Untersuchungsquartiere spiegeln vielfältige städtebauliche und gesellschaftliche Realitäten sowie Reaktionen auf sich schnell wandelnde Rahmenbedingungen wider. Gerade in diesen Nachbarschaften sind öffentliche Räume von großer Bedeutung. Doch was ist, wenn die baulichen und zwischenmenschlichen Voraussetzungen eigentlich erwünschtes Miteinander, positive Raumaneignungen und somit das Entstehen lebenswerter Orte behindern?

Anhand von Befunden in drei ostdeutschen Großwohnsiedlungen werden Potenziale und Defizite dieser Räume zur Entwicklung lebenswerter und nachhaltiger Wohngebiete diskutiert (Friedrich, Rößler 2023a). Ergänzend zu baulichen und infrastrukturellen Defiziten gibt es teils unsichtbare Konflikte in öffentlichen Räumen, die das Zusammenleben, Wohlfühlen und somit das Entfalten eines Zuhauses erschweren (Friedrich, Rößler 2023b).

Mit Hilfe von Atmosphären (Schmitz, 1967) und Situationen (Rothacker, 1982) entwickeln wir einen Untersuchungsrahmen, der raumbezogene Empfindungen aus verschiedenen Perspektiven nachvollziehbar macht. Komplexe individuelle und zielgruppenspezifische Gefühle wie Angst, negative Dauerstimmungen aufgrund von Rückbau und Segregation sowie Identifikationen und die Hoffnung auf ein neues Zuhause werden offengelegt.

Am Beispiel zweier sehr unterschiedlicher Vorgehensweisen beschreiben wir Lösungsansätze intermediärer Akteure. Ein Ansatz fördert Möglichkeiten der Begegnung und (gemeinschaftliche) Raumaneignung im Rahmen eines interkulturellen Nachbarschaftsgartens. Ein zweiter bindet so genannte Kümmerer an einem konfliktgeprägten öffentlichen Ort ein. Im Beleuchten der Situationen und der jeweiligen Verstrickungen verschiedener Zielgruppen zeigen wir die Potenziale und Grenzen der Ansätze auf und machen sichtbar warum Menschen öffentliche Orte als angenehm oder unangenehm deuten.

Dabei wird klar, dass Stadtplanung ebenso wie zivilgesellschaftliche Akteure für passende soziale und bauliche Interventionen ein genaueres Wissen um die vielschichtigen städtischen Atmosphären und menschlichen Verstrickungen mit öffentlichen Räumen bedürfen. Umso mehr, je geringer die finanziellen Spielräume sind. Damit Begegnung, Integration, Vertrauen, Freundschaft, sinnhafte Tätigkeit, Wohlfühlen etc. möglich werden, bedarf es geeigneter baulicher und infrastruktureller Rahmenbedingungen sowie der Aktivierung der Zivilgesellschaft.

10. Neuerfindung“ von Nachkriegssiedlungen in Hamburg – Dialog oder Fachdiskurs?

Verena Gernert, *freiberuflich*
Mone Böcker, *TOLLERORT*

In Hamburg und auch in anderen europäischen Städten rücken aktuell Nachkriegssiedlungen der 1950er bis 1970er Jahre in den Fokus der Stadtpolitik. Für viele Siedlungen werden im Kontext der Wohnungsbauoffensive Strategien der Verdichtung diskutiert. Einzelne Siedlungsräume wurden und werden bereits in Werkstattverfahren, Rahmenplanungen und auch in Wettbewerbsverfahren bearbeitet. Der Fokus liegt hier auf einer städtebaulichen, freiraumplanerischen und auch architektonischen Betrachtung mit dem Ziel einer Neustrukturierung mit Umbau und Neubau. Gleichzeitig sind die Siedlungsräume der Nachkriegszeit schon lange ein Thema der Stadterneuerung in Hamburg. Die Städtebauförderung nimmt hier einen wichtigen Stellenwert ein. In Hamburg werden diese Siedlungen heute im Kontext des Hamburger Rahmenprogramms Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) gefördert und entwickelt. Im Mittelpunkt standen und stehen Sanierung, Ausgleich von infrastrukturellen Defiziten und eine soziale StadLeilentwicklung für die Bewohnerinnen und Bewohner. Gerade im Kontext dieser langjährigen, behutsamen Prozesse der Stadterneuerung ist die Einbindung zivilgesellschaftlicher Gruppen eine gängige Praxis. Hingegen wird der aktuelle Diskurs über eine städtebauliche Neukonzeptionen noch stark durch Fachplanerinnen und -planer bestimmt. Hinzu kommt, dass eine Beteiligung vielfälliger Bevölkerungsgruppen angesichts des Maßstabs und weit in die Zukunftreichender Planungszeiträume auf Hemmnisse stößt.

Im angestrebten Beitrag für die Fachtagung „zivilgesellschaftliches Engagement und Stadterneuerung“ soll anhand des Fallbeispiels „Werkstattverfahren und Rahmenplanung Stadtraum Horner Geest 2040“ dieses Spannungsfeld zwischen einer langjährigen bewohnerorientierter Stadterneuerung und der aktuell politisch forcierten städtebaulichen Neukonzeptionen der Siedlungsräume der Nachkriegszeit dargestellt und kritisch eingeordnet werden. Die Horner Geest wurde in den 1950er bis 1960er Jahren erbaut. Seit 2006 ist der Stadtteil Horner Geest bereits ein Fördergebiet der sozialen Stadtteilentwicklung; seit 2009 wird er im Kontext von RISE gefördert. Von 2019 bis 2023 organisierte die Stadt Hamburg ein zweistufiges städtebauliches- und freiraumplanerisches Planungsverfahren unter Beteiligung von internationalen Architektur- und Landschftsplanungsbüros unter der Leitlinie „Zukunftsbild Stadtraum Horner Geest 2040“, um u. a. Verdichtungspotentiale auszuloten

11. Grünräume mit Biss: Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure in der Nutzung von „essbaren“ Parks

Luca Braun, *Universität Graz*

Die Wirksamkeit partizipativer Ansätze in der Stadtentwicklung wurde, wie eine kritische Betrachtung derer, bereits vielfach erforscht und beschrieben. Vereine und Initiativen spielen hierbei eine zentrale Rolle, da sie unter anderem über ein starkes Netzwerk, vertraute Beziehungen und lokales Wissen verfügen. Diese Eigenschaften machen sie zu Multiplikatoren innerhalb der Stadtquartiere und zu effektiven Türöffnern bei partizipativen Prozessen auf dem Streben hin zu nachhaltigeren, lebenswerteren urbanen Räumen.

Dennoch wird die Teilhabe der lokalen Bevölkerung an solchen Planungsabläufen oft durch mangelnde finanzielle Mittel, begrenzte zeitliche Ressourcen oder fehlenden Strategien behindert. Dieses Defizit ist mitunter auch bei der Planung bzw. Neugestaltung von Grünräumen zu beobachten, wie es etwa exemplarisch an den Naschgärten in Graz der Fall ist. Unter Naschgärten werden von der Grazer Stadtverwaltung neu angelegte öffentliche Grünräume verstanden, die von der zuständigen Abteilung mit essbaren Sträuchern und Bäume ausgestaltet wurden. Während dabei die Lebensmittelversorgung eher eine untergeordnete Rolle spielt, sollen die geernteten Früchte das verbindende Element sein, um interkulturellen und intergenerationalen Austausch zwischen Menschen des Quartiers anzuregen.
Allerdings werden die angestrebten Ziele (noch) nicht erreicht und die Naschgärten von der Bevölkerung nicht als solche wahrgenommen. Als Resultat erzeugen Grünräume oft nicht den erwarteten Benefit, wie etwa die Förderung sozialer Interaktion und gesellschaftlicher Zusammenhalt. Von Seiten der Stadt werden zivilgesellschaftliche Akteure nun in die Pflicht genommen, um die Versäumnisse während der Planung zu kompensieren: Mit ihrer Position im Quartier sollen sie nun die mangelnde Bedürfnisberücksichtigung in der Planung ausbessern, indem sie mit ihrem Netzwerk Aktionen in unterschiedlichen Formen in den Grünräumen durchführen und die Naschgärten so bekannter machen beziehungsweise langfristig in lebendige Orte der Begegnung zu transformieren.

Mein Beitrag untersucht also anhand der Fallstudie der Grazer Naschgärten die Verantwortungsübertragung von städtischen Aufgaben an lokale Initiativen und Vereine in der Nutzungsphase nach Umgestaltung eines Grünraumes. Insbesondere soll die Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen diskutiert werden, um Ziele zur sozial nachhaltigen, inklusiven Stadtentwicklung zu erreichen.

12. Stadterneuerung in der Dortmunder Nordstadt: Zur Rolle von NGOs bei der Beteiligung Neuzugewanderter

Heike Hanhörster, *TU Berlin*
Miriam Neßler, *TU Berlin/ILS Research*
Lara Hartig, *ILS Research*
Nora Oertel Ribeiro, *kefb an der ruhr*

Mit Dortmund wird als Fallbeispiel eine deutsche Großstadt gewählt, die schon seit Jahrzehnten von Zuwanderung geprägt ist. Die `governance of arrival´ wird zunehmend verstanden als gemeinschaftliches Arbeiten von Akteuren aus Verwaltung und Zivilgesellschaft. Wir argumentieren, dass die Zusammenarbeit der Dortmunder Akteure als (erste Schritte der) Ko-Produktion verstanden werden kann. Das Konzept der Ko-produktion (Ostrom 1996; Abt 2022) lenkt die Aufmerksamkeit auf das gemeinsame, gleichberechtigte "Produzieren" von Raum zwischen Verwaltung, Zivilgesellschaft und Bürger*innen. In den letzten Jahren wird zunehmend diskutiert, wie newcomer als Akteure selbst Teil des Prozesses sein können und welche vermittelnde und brückenbildende Funktion NGOs hier einnehmen (Filomeno 2017; Lang et al. 2021; Sidney 2019).

Das Paper basiert auf einem dreijährigen Forschungsprojekt, in dem neben 45 Interviews mit Akteur*innen aus Verwaltung und Zivilgesellschaft auch 35 Interviews mit Neuzugewanderten geführt wurden. Die Forschungsergebnisse verweisen auf drei Bereiche, die sich für die Co-Produktion von lokalen Ankunftspolitiken als relevant herausgestellt haben

- **Selbstwirksamkeit der Bewohner*innen und ihre politischen Willensbildung stärken:** Die Analyse illustriert, wie Kompetenzen der Zugewanderten sichtbar gemacht werden und sie ihre (ankunftsbezogene) Expertise in die Entwicklung lokaler Strategien einbringen. Gleichzeitig wird von Anfang an politische Bildungsarbeit betrieben und newcomer kontinuierlich in Kontakt mit Entscheidungsfindenden gebracht.

- **Vernetzung und ‚upscaling':** NGOs verstehen ihre Rolle darin, „unbequem" zu sein, um Machtpositionen sichtbar zu machen und Aushandlungen voranzutreiben. Wichtig ist die Verfügbarkeit physischer Räume, die als sicherer Ort für die Aushandlung von Interessen wahrgenommen werden, um horizontale und vertikale Formen der Zusammenarbeit zwischen newcomern, zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteuren zu stärken.

- **Haltungen und Strukturen verändern:** Neben projektbezogenen punktuellen Veränderungen geht es insbesondere um die Haltungen und institutionellen

Routinen im Sinne eines diversitätsbezogenen institutionellen Wandels. Denn: Sind es die Zugewanderten, die „schwer zu erreichen“ sind, - oder nicht vielmehr die machtvollen Akteure und (bürokratischen) Strukturen selbst?

Die Analyse möchte einen Beitrag dazu leisten, das Verständnis von Ko-Produktion empirisch zu unterfüttern und zu schärfen. Wir verweisen auf eine doppelte Wirkung der Ko-Produktion: Einerseits ermöglicht sie die Kenntnis von und Orientierung an den Bedarfen Neuzugewanderter und damit die stetige Anpassung der (Angebots-) strukturen. Andererseits bildet sie die Grundlage für die Reflektion und Veränderung der Governance selbst und eines institutionellen Wandels auf unterschiedlichen politischen Ebenen.

13. Wer ist Zivilgesellschaft? Das UNESCO-Welterbe Zollverein, Essen, und der Stadtteil Katernberg

Harald A. Mieg, *Humboldt-Universität zu Berlin*
Heike Oevermann, *TU Wien*
Hans-Peter Noll, *Ruhr-Universität Bochum*

Heritage und community engagement, d.h. der aktive Einsatz der Zivilgesellschaft für eine Erbestätte ist in den USA und UK ein wichtiges Thema im Zusammenhang mit dem Management von Erbestätten (z.B. Waterton 2014). Wie steht es damit in Deutschland? Seit über zehn Jahren begleitet das Georg-Simmel-Zentrum für Stadtforschung (Humboldt-Universität zu Berlin) forschend die Entwicklung der Welteerbestätte Zollverein und deren Management, die in den Händen der Stiftung Zollverein liegt.

Die Zeche Zollverein in Essen war einst einer der größten Montankomplexe Europas; 1986 wurde der Betrieb eingestellt. Im Jahr 2001 wurden "Zeche und Kokerei" Zollverein in die Liste des UNESCO-Welterbes aufgenommen. Das Welterbe grenzt unmittelbar an den strukturschwachen Stadtteil Katernberg. Dieser bildet heute mit zwei weiteren Stadtteilen den Essener Bezirk VI Zollverein. Die kommunale (Selbst-) Verwaltung erfolgt auf Bezirksebene ehrenamtlich.

Community involvement bzw. engagement ist - neben nachhaltiger Standortentwicklung etc. - eine Vorgabe der UNESCO an die Welterbestätten (UNESCO 2012, 2016). Community engagement nach anglo-amerikanischem Verständnis bezieht sich auf individuelle Freiwillige, meist aus dem bürgerlichen, früher adligen Milieu (Pendlebury et al. 2012). Auch in Deutschland erfolgt freiwilliges Engagement meist von Menschen, die beruflich und sozial gut integriert sind (BMFSFJ 2021) und etwas Sinnvolles tun wollen (Lehmann et al. 2018).
Die Stiftung Zollverein hat in den vergangenen zwölf Jahren eine Reihe von Projekten initiiert, um das Welterbe zum Bezirk hin zu öffnen („Das ist mein Welterbe"). Ein gewisses Problem stellt die Diskrepanz zwischen weltweiter Reputation von Zollverein und der Strukturschwäche von Katernberg dar („erst mal kaputte Fenster reparieren"). Der Ansatz der Stiftung ist von daher programm- und projektorientiert und richtet sich meist an Institutionen (AWO, Schulen etc.).

Auf Zollverein zeigt sich, dass das community engagement nicht ohne Stadtteilentwicklung funktioniert (als gemeinsames „place making") und dabei manchmal ungewöhnliche Wege einschlägt (zu Identitätsstiftung, sozialer und institutioneller Innovation etc.). Ein größeres Problem als gedacht ist hierbei erstens, zu bestimmen, wer überhaupt zivilgesellschaftlicher Ansprechpartner sein kann (AWO, ehrenamtliche Bezirksvertretung, Vereine, Kinder/Eltern im Quartier, selbstorganisierte Kultur, lokale Selbsthilfegruppen...); und zweitens, von einem

projektbasierten Angebot zu einer Austauschstruktur und -kultur zu gelangen.

Unser Vortrag beruht auf Interviews aus mehreren Jahren. Wir beschreiben und diskutieren community engagement aus Sicht einerseits des Heritage-Managements (Oevermann 2018) und andererseits der aktuellen Forschung zu Volunteering bzw. Freiwilligenarbeit (Güntert et al. 2022).

14. Klimagerechte Stadterneuerung – Die Rolle der Zivilgesellschaft und ihrer interdisziplinären Kämpfe am Beispiel Berlin

Marina Mironica, *Deutsche Wohnen & Co enteignen*
Firdes Fırat, *Deutsche Wohnen & Co enteignen*

Im politischen Diskurs zur zukunftsfähigen Stadt(um)gestaltung wurden bisher häufig ökologische Bestrebungen und die Frage nach sozialer Verträglichkeit gegeneinander ausgespielt. Im Bedürfnisfeld Bauen und Wohnen treffen eine Vielzahl an Krisen aufeinander. Zwei davon stellen derzeit besondere Herausforderungen dar: einerseits trägt der Gebäudesektor als Hauptakteur maßgeblich zur Klimakrise bei. Er verursacht etwa 40 % der Treibhausgasemissionen in Deutschland.1 Andererseits muss er aber auch aus sozioökonomischer Sicht Antworten auf die Energie-, Rohstoff- und Wohnungskrise liefern. Betroffen sind vor allem Städte mit Mangel an bezahlbarem Wohnraum. Hier sind großflächige energetische Modernisierungen des veralteten Gebäudebestandes nötig, was nach aktueller Rechtslage steigende Mieten für die Bewohner:innen der Häuser bedeutet.

Doch gerade aus zivilgesellschaftlichen Bewegungen heraus wird der Ruf nach Interdisziplinarität immer lauter und organisierter. Initiativen wie Deutsche Wohnen & Co Enteignen haben eine eigene Klima-Arbeitsgruppe ins Leben gerufen und verbinden die Kämpfe für bezahlbaren und klimagerechten Wohnraum. Architects Future fordern „soziale Verantwortung" für.3 Die Abriss-Stopp-Initiative schafft mehr Bewusstsein für den sozial- und klimaschädlichen Abriss von bezahlbarem Wohnraum, während der Berliner Energietisch über die enge Beziehung zwischen Wohnen, Heizen und Energie aufklärt. Es haben sich daraus Netzwerke gebildet, die explizit bezahlbaren Wohnraum sowie die Klimaanpassung ihrer Häuser fordern, wie die Mieter:innen 4 Future. Auch die große Mietendemo 2024 in Berlin hat zum ersten Mal einen Klimablock organisiert.

Vor diesem Hintergrund soll die Rolle transdisziplinären, zivilgesellschaftlichen Engagements bei der sozial-ökologischen Transformation am Beispiel Berlins analysiert werden. Es werden Potentiale und Hürden für die Stadterneuerungspolitik durch die Beiträge der Zivilgesellschaft zum Thema klimagerechtes Wohnen herausgearbeitet. Im Rahmen dessen werden die aktuellen klima- und wohnungsbaupolitischen Wechselwirkungen im Umgang mit städtischem Gebäudebestand beleuchtet.

Die quantitativen Herleitungen und qualitativen Beschreibungen von zivilgesellschaftlichen Beispielgruppen oder -Initiativen sollen in einem nächsten Schritt die Strukturen dieser veranschaulichen und in Vergleich setzen, um einen Überblick über Größe, eingesetzte Instrumente und Wirkungen auf Stadterneuerung zu bekommen. Der Beitrag schließt mit einem Fazit ab, welches die gewonnenen Erkenntnisse wieder in Bezug zur Polykrise setzt und die Potenziale interdisziplinären zivilgesellschaftlichen Engagements zusammenfasst.

15. Mit „Community Forschung“Teilhabe in gemeinwohlorientierter Stadterneuerung stärken

Lisa Kamphaus, *Universität Münster*

Diskussionen um eine stärkere Einbindung der Zivilgesellschaft um dadurch eine stärkere Demokratisierung oder Gemeinwohlorientierung in der Stadterneuerung zu erreichen gehen mit der Frage einher „Wer denn die Zivilgesellschaft ist“? Wie auch im Call beschrieben weist eine in solchen Debatten adressierte Zivilgesellschaft einen gewissen Grad an Institutionalisierung und Organisierung auf und ist somit (auf bestimmte Menschengruppen) begrenzt. Zivilgesellschaftliches Engagement ist ein Privileg, welches sich nicht alle Menschen leisten können.

Daher werden in Stadtentwicklungsprozessen häufig insbesondere die Menschen, die von Benachteiligungen besonders betroffen sind und die gleichzeitig von Stadtentwicklung häufig als „schwer erreichbar“ adressiert werden, nicht eingebunden. Hier setzt „Community Forschung“ an: In einer lokalitätsbezogenen, machtkritischen Weise wird ein gemeinsames Forschungsdesign von Wissenschaftler*innen und Mitgliedern der Community für die Community ausgearbeitet, gemeinsam Daten mit Menschen aus der Community erhoben sowie gemeinsame Interventionen entwickelt (Falge/Betscher 2022). In diesen weniger klassischen Erhebungsmethoden, wie niedrigschwelligen Gesprächen mit Community Forscher*innen und gemeinsam organisierten Offenen Treffs, kommen so andere Themen und Perspektiven im Stadtteil in den Blick.

Das Projekt „Community Forschung in Berg Fidel“ in Münster setzt diesen von der Hochschule für Gesundheit in Bochum (2022) entwickelten Ansatz in kleinem Maßstab um. In Berg Fidel wurde mittels Community Forschung die gesundheitliche Situation der Community genauer erforscht und gemeinsam mit der Community lokale Handlungsmöglichkeiten entwickelt, die zu mehr Teilhabe an Stadtentwicklung und Gesundheitsförderung führen. Die Besonderheit an diesem Projekt ist die enge Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung und Akteur*innen der Stadtteilarbeit. Hierdurch können die Ergebnisse direkt an die entsprechenden Stellen kommuniziert werden und finden Eingang in Prozesse zukünftiger Stadtentwicklung in Münster (wie bspw. in das kommunale Handlungsprogramm für gesundheitliche Chancengleichheit). Der Beitrag zeigt an diesem Beispielprojekt, wie Community Forschung zur Schnittstelle zwischen der Community, Akteur*innen der Stadtteilarbeit, Stadtverwaltung und Wissenschaft wird und welche Potentiale ein solcher communitybasierter Ansatz für die Stärkung von Teilhabe von „als schwer erreichbar“ geltenden Menschen und für eine kollaborative, am Gemeinwohl orientierte Stadtentwicklung bietet.

16. Experiment Superblocks im Leipziger Osten – Erfahrungen aus der lokalen Ko-Produktion zwischen Zivilgesellschaft, Kommune und Wissenschaft für die Verkehrswende im Quartier

Annegret Haase, *Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung*
Ariane Jedlitschka, *Helden wider Willen e.V.*
Anna Morawek, *Raum der Zeit e.V*
Matthias Petzold, *SUPERBLOCKS Leipzig e.V.*

Ausgehend von der Idee des „Superblocks" aus Barcelona war es das Ziel des Leipziger Projekts „Neue Nähen", zur lokalen Verkehrswende auf Quartiersebene beizutragen. Den Anstoß dazu gaben nicht zuletzt die Erfahrungen aus der Zeit der Corona-Pandemie, als offensichtlich wurde, welche Defizite an Freiraum sowie verkehrsberuhigten Flächen im dicht bebauten und besiedelten Quartier des Leipziger Ostens bestehen und wie dringend mehr Raum für Aufenthalt, Spiel und Kommunikation sowie für den autolosen Verkehr benötigt wird. Dies erschien umso wichtiger, als es sich beim Leipziger Osten um ein stark von junger und internationaler Zuwanderung geprägtes Quartier handelt. Mit dem Projekt sollte nicht nur die Verkehrswende unterstützt, sondern darüber hinaus die lokale Teilhabe gestärkt werden. Aus dieser Motivation heraus stand der Ansatz der Ko-Produktion von Zivilgesellschaft, Kommune und Wissenschaft im Zentrum der Aktivitäten.

„Neue Nähen-Superblocks Leipzig" wurde 2021-24 im Rahmen des Projektaufrufs zur Post-Corona-Stadt vom BMBF gefördert. Die Zivilgesellschaft war Anstoßgeberin, Projektinitiatorin und –leiterin. Der Prozess der Ko-Produktion sowie damit zusammenhängende Beteiligungsformate wurden maßgeblich durch zivilgesellschaftliche Akteur*innen organisiert und durchgeführt. Im Projektbeirat wurde die strategische Planung dazu abgestimmt. Beteiligt waren Vertreter*innen aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft. Im Zentrum des Umsetzungsinteresses stand ein einjähriger Verkehrsversuch, bei dem mittels einer Diagonalsperre ein verkehrsberuhigter Bereich in einer Nebenstraße im Leipziger Osten entstand; der Versuch wurde durch verschiedene Austauschformate begleitet und seine Wirkungen erfasst. Ein durch die Stadtverwaltung erarbeitetes Verkehrskonzept für die Quartiers ebene, welche auf dem Pilotprojekt und dem Verkehrsversuch beruht, wurde im April 2024 durch den Leipziger Stadtrat angenommen.

Vor diesem Hintergrund möchte der Beitrag das Projekt „Neue Nähen-Superblocks Leipzig" als zivilgesellschaftlich organisierten und getragenen Beitrag zur Stadterneuerung (auf Quartiersebene) darstellen und insbesondere die Rolle der Ko-Produktion unter Koordination zivilgesellschaftlicher Akteur*innen herausstellen. Er möchte die Rollen der verschiedenen Beteiligten sowie Erfolge und Herausforderungen der Kooperation darlegen. Nicht zuletzt soll gezeigt werden, wie die zivilgesellschaftlich organisierte Ko-Produktion im Projektverlauf etabliert wurde und sich entwickelte und welche Erfolge einerseits und Konflikte andererseits sich ergaben und wie mit diesen umgegangen wurden. Abschließend sollen wichtige Lerneffekte herausgestellt werden und die Potentiale zur Fortführung diskutiert werden.

17. Leerstand und Utopie. Die Kämpfe um den Campus Bockenheim

Josefine Klaus, *Goethe-Universität/Historisches Museum Frankfurt*
Tabea Schubert, *Johannes-Gutenberg-Universität Mainz*
Lukas Geisler, *Goethe-Universität Frankfurt*

Das 16 Hektar große Areal des alten Campus der Goethe-Universität Frankfurt am Main liegt – trotz seiner Bezeichnung »Campus Bockenheim« – zu großen Teilen im Stadtteil Westend. Seit dem Beginn des Umzugs der Frankfurter Universität, der Ende der 1990er Jahre beschlossen wurde und seitdem kontinuierlich vorangetrieben wird, ist die weitere Nutzung des Campus umkämpft. Nur der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) und die Mathematik sind heute noch offiziell dort angesiedelt. Während das Institutsgebäude der Mathematik bereits auf dem neuen, bei kritischen Studierenden – nicht nur wegen der NS-Geschichte – ungeliebten IG-Farben-Campus gebaut wird, lässt der Baubeginn des neuen Studierendenhauses seit mittlerweile fast zwei Jahrzehnten auf sich warten.

Auch verzögert sich die Nachnutzung des Campus Bockenheim aufgrund von komplizierten Eigentumsverhältnissen immer weiter, auch wenn bereits einige Gebäude an private Investoren veräußert wurden: das ehemalige Philosophicum – heute privates Studierenden-Wohnheim – und die Gebäude auf dem Gelände des ehemaligen AfE-Turms, einem 116 Meter hohen Hochhaus, in dem bis März 2013 Seminarräume untergebracht waren. Der Turm wurde 2014 gesprengt und danach auf dem Grundstück ein Büroturm und ein Hochhaus mit hochpreisigen Eigentumswohnungen gebaut. Nach aktuellen Plänen soll auf dem restlichen Areal der sogenannte Kulturcampus entstehen.

„Alles ist umkämpft, nichts ist sicher", beschreibt ein Aktivist des Offenen Hauses der Kulturen (OHa) die Situation pointiert. Der Verein plant jenes Studierendenhaus vom AStA zu übernehmen, das 1953 der Studierendenschaft zur demokratischen Selbstverwaltung übergeben wurde. So ist der Campus Bockenheim heute geprägt von Leerstand, der sich aus einem »Nicht-Mehr« universitärer Kultur und studentischen Lebens und einem »Noch-Nicht« zukünftiger Nutzung und neuem urbanen Leben ergibt. Doch seit Anfang der 2010er Jahre entstehen in den Zwischenräumen und Nischen immer mehr zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich den Campus Bockenheim auf verschiedene Weisen aneignen. Unter ihnen: die Feministische Bibliothek oder die ada_kantine, eine solidarische Stadtteilkantine im ehemaligen Gebäude der Akademie der Arbeit. Zuletzt wurde die Dondorf-Druckerei zweimal von einem Kollektiv besetzt, um sie vor dem Abriss zu bewahren und die »Druckerei für Alle!« entstehen zu lassen.

Auf diese Kämpfe von unten richtet die Ausstellung »Leerstand und Utopie« den

Blick. Sie soll vergangene und aktuelle Kämpfe vermitteln und eine Plattform für dort aktive Initiativen sowie einen Treffpunkt für gemeinsamen Austausch am und um den Campus Bockenheim bieten. Die Module der Ausstellung sind nach den umkämpften und vielseitig nutzbaren Gebäuden auf dem Areal eingeteilt: dem Studierendenhaus, dem Juridicum und der Kunstbibliothek, der Dondorf'schen Druckerei, der Akademie der Arbeit und dem Philosophicum. Anhand dieser Gebäude und den Kämpfen, die um diese stattfanden oder -finden, werden exemplarisch soziale, politische und stadtplanerische Phänomene auf dem Areal, aber auch darüber hinaus in der Stadt Frankfurt sichtbar gemacht. Und aus dem ausgestellten Material und den gemeinsamen Diskussionen über vergangene Kämpfe und bereits gedachte Zukunftswünsche können Tendenzen ausgemacht werden, die im Hier und Jetzt auf ein „Noch-Nicht" utopischer Zukunft verweisen.

In einem möglichen Vortrag und Beitrag bei der Tagung und dem Jahrbuch würde es zum einem um den methodischen Zugang, also die Herangehensweise der Kuration, gehen (aktivistische Stadtforschung), aber auch generell der Stadtentwicklungsprozess auf dem Areal des alten Campus soll im Spannungsfeld von zivilgesellschaftlichem Engagement (im Speziellen der Campus als öffentlicher Raum und Spekulationsobjekt und die Zeitlichkeit von Stadtplanung und -entwicklung versus die Zeitlichkeit von sozialen Bewegungen) beleuchtet werden.

18. Wenn Möglichkeitsräume sich schließen – zur Erfahrung von Leerstand und Brachen durch Raumpionier:innen am Beispiel der geschrumpften Stadt Görlitz

Bettina Knoop, *TU Dresden*

Schrumpfende und geschrumpfte Städte bleiben trotz des Wachstums vieler Großstädte nach der Jahrtausendwende ein fester Bestandteil der europäischen Stadtlandschaft. In Deutschland sind vor allem Klein- und Mittelstädte von Bevölkerungsrückgängen betroffen (BBSR 2020).

Langfristige Bevölkerungsrückgänge äußern sich unter anderem in einer Zunahme von Leerständen und Brachen im Stadtgebiet, d.h. von Gebäuden und Flächen, die nach dem Verlust ihrer einstigen Funktionen weitgehend ungenutzt sind. In Schrumpfungskontexten werden diese Orte – von der einschlägigen Literatur ebenso wie von öffentlicher Hand und Teilen der Stadtgesellschaft – vorrangig problematisiert: Wenn eine Wiederaufnahme konventioneller Nutzungen nicht erfolgsversprechend scheint, bleiben Abwarten, Sichern oder gar der Abriss als geläufige Strategien im Umgang mit der Leere (Dissmann 2011).

Empirische Erhebungen unter Stadtbewohner:innen der geschrumpften Stadt Görlitz in Sachsen zeigen, dass die Leerstandserfahrungen der Zivilgesellschaft in Teilen von diesem Narrativ der Leere als Problemfall abweichen: für einen Teil der Bewohnerschaft wird die Leere wird in ihrer räumlichen wie inhaltlichen Offenheit und Unbestimmtheit zum Möglichkeitsraum eigenen Handelns und externen Geschehens. Für diese sog. Raumpionier:innen wird die Leere zur „Spielwiese“: sie bietet den Raum, um Dinge auszuprobieren und nicht zuletzt um gesellschaftliche Wandlungsprozesse anzustoßen.

Der Kontrast dieser Leerstandserfahrung zum vorherrschenden, ernüchterten Pragmatismus der öffentlichen Hand könnte ausgeprägter kaum sein. Auf der einen Seite steht die Leere als Problem, auf der anderen als zentrales Vehikel von Stadtentwicklungsprozessen. Obschon die Erfahrung der Leere als Möglichkeitsraum durch Stadtbewohner:innen ein großes Potenzial für die Entwicklung und Erneuerung schrumpfender und geschrumpfter Städte darstellen könnte, berichten die Raumpionier:innen im Fallbeispiel von einer fehlenden Unterstützung für ihre Ideen und Vorhaben. Stattdessen sehen sie sich im Austausch mit Privateigentümer:innen ebenso wie mit öffentlichen Stellen häufig mit Hindernissen konfrontiert, die einer Aneignung und Nutzung leerstehender Räume und Gebäude entgegenstehen. Im Verlauf der Zeit führt das zu einer Ernüchterung der befragten Raumpionier:innen. Damit einhergehend wandeln sich auch die Perspektiven auf die Leere: vom einstigen Frei- und Möglichkeitsraum des Handelns und Geschehens wird sie zu einem Symbol kollektiver Ohnmacht und Resignation der Stadtgesellschaft. Infolgedessen

geben Raumpionier:innen ihr Engagement um die Leere mitunter auf. Im Fallbeispiel äußerte sich das in einer Hinwendung zu anderen Handlungsfeldern oder gar in der Entscheidung, die Stadt wieder zu verlassen.

Hier werden Potenziale für zivilgesellschftliches Engagement verspielt, die für eine koproduktive Stadtentwicklung und Stadterneuerung – gerade auch im Hinblick auf urbane Nachhaltigkeitstransformationen – essenziell wären. In jüngster Zeit werden in Görlitz durch die öffentliche Hand zwar koordinierte Programme auferlegt, welche den Zugang zu Leerständen durch lokale Akteur:innen erleichtern sollen (z.B. Baulust.Görlitz) – um von einem Kulturwandel im Umgang mit der Leere zu sprechen, erscheint es jedoch verfrüht.

19. Alternative Mikro-Stadterneuerungsstrategien für städtische Dörfer in China: Sozialunternehmertum-basierte künstlerische Intervention im Aohu-Dorf von Shenzhen

Xiaohong Tan, *TU Guangdong*

Jüngste Veränderungen in Chinas Strategien zur Erneuerung städtischer Dörfer haben sich von umfassenden großangelegten Sanierungen hin zu nuancierten, schrittweisen Mikro-Stadterneuerungen verlagert. Sozialunternehmertum wird zunehmend als entscheidender Treiber für gemeindebasierte Erneuerung anerkannt und bietet innovative Lösungen für sozioökonomische Probleme in städtischen Kontexten. Sozialunternehmer spielen eine entscheidende Rolle bei der Mobilisierung von Ressourcen, der Förderung des Gemeinschaftsengagements und dem Vorantreiben sozialen Wandels durch innovative und nachhaltige Ansätze. Das Dorf Aohu in Shenzhen veranschaulicht die erfolgreiche Integration von Sozialunternehmertum und strategischer künstlerischer Intervention in der kulturgeführten Erneuerung.

Der Fall von Aohu Village zeigt, wie ein lokaler Künstler und Dorfbewohner die bottom-up Erneuerung des Dorfes katalysierte, indem er seine sozialen Netzwerke nutzte, um Künstler anzuziehen und Kunstveranstaltungen zu organisieren. Dies stärkte das Profil des Aohu Art Village erheblich und trug zur sozialen Innovation bei. Dieser Ansatz erregte nicht nur die Aufmerksamkeit der lokalen Regierung, sondern zeigte auch den starken Einfluss künstlerischer Interventionen auf die Gemeinschaftsplanung und die städtische Verwaltung. Die Umgestaltung des Dorfes Aohu zeigt den Einfluss von Sozialunternehmertum auf, um die Interessen verschiedener Interessengruppen, einschließlich Künstlern, Bewohnern und der lokalen Regierung, zu navigieren und zu versöhnen. Die Fähigkeit des lokalen Künstlers, zwischen diesen Gruppen zu vermitteln und seine doppelte Identität als Künstler und lokaler Bewohner zu nutzen, war entscheidend für den Erfolg der Initiative. Diese Vermittlung ermöglichte einen partizipativen Ansatz zur Stadterneuerung, der nicht nur integrativ, sondern auch reflektierend für die Identität und die Bestrebungen der Gemeinschaft ist. Die folgenden Kunstveranstaltungen haben den Ruf und Einfluss des Dorfes erheblich gesteigert, wobei Einnahmen aus einem lokalen Kulturindustriepark, der dem genannten lokalen Künstler gehört, künstlerische Aktivitäten subventionieren.

Dieser Fall zeigt jedoch auch die inhärenten Herausforderungen, denen sich das Sozialunternehmertum in städtischen Erneuerungskontexten gegenübersieht, insbesondere die Bedrohung durch Gentrifizierung. Als Aohu ein begehrterer Standort wurde, stellten die daraus resultierenden Mieterhöhungen erhebliche Risiken für die Nachhaltigkeit der künstlerischen Gemeinschaft dar, die die Wiederbelebung des Dorfes untermauert. Diese Situation unterstreicht die Notwendigkeit, dass Sozialunternehmer die unbeabsichtigten Folgen ihres Erfolgs antizipieren und angehen, um sicherzustellen, dass Erneuerungsbemühungen nicht unbeabsichtigt

die Gemeinschaften verdrängen, die sie zu bedienen beabsichtigen.

Abschließend lässt sich sagen, dass das Aohu Art Village das transformative Potenzial des Sozialunternehmertums in der Stadterneuerung veranschaulicht. Durch die Verknüpfung künstlerischer Innovation mit einem tiefen Engagement für Gemeinschaftsengagement und Nachhaltigkeit bietet dieses Modell einen leistungsstarken Plan zur Revitalisierung städtischer Räume auf eine inklusive, lebendige und nachhaltige Weise. Die weitere Entwicklung dieses Bereichs hängt von unserer kollektiven Fähigkeit ab, in einen sinnvollen Dialog, Forschung und Politikentwicklung einzutreten, um sicherzustellen, dass die Stadterneuerung eine Kraft für positiven sozialen Wandel bleibt.

20. Kooperative Soziokulturpaläste – oder wie kann eine gemeinsame Planung der Stadt gelingen? Mapping-Cases aus Kassel

Dagmar Pelger, *Universität Kassel*

In Kassel findet sich eine für die Grösse der Stadt sehr diverse und vielschichtige Initiativenlandschaft. Insbesondere Kunst- und Kulturorte, die von zahlreichen engagierten Gruppen als soziokulturelle Orte in Selbstverwaltung organisiert werden, erstellen, öffnen und erhalten Räume nicht nur für die eigenen Bedarfe, sondern stellen Sie auch der Stadtgesellschaft zur Verfügung. Damit kompensieren sie auch nicht selten ein immer stärker reduziertes Angebot der Daseinsvorsorge, neben den kulturellen Angeboten, als ein planerischer Überschuss sozusagen.

In einem viersemestrigen Kartierungsprojekt spüren wir diesen Orten als einem spezifischen urbanen Raumtypus von Spatial Commons oder räumlichen Gemeingütern in den Übergangszonen der Stadt nach, zwischen außenliegenden Freiraum und geschütztem Innenraum. Als eine spezifische Form des urbanen Commonings gelesen, zeichnen sich die Orte durch ihre Betriebsweise jenseits von kommunalem Auftrag und privater Bewirtschaftung aus. Als nicht-gewinnorientierte Raumfunktionen übernehmen insbesondere soziokulturelle Orte neben künstlerisch-kulturellen Programmen auch oft Erholung, Bildung und sogar Sorge füreinander.

Die selbstverwalteten Initiativen, Gruppen, Vereine oder Kollektive leisten dabei auch einen erheblichen planerischen Beitrag zur Erneuerung der Stadt, indem sie Räume sichtbar machen, offenhalten, ausstatten, aneignen, integrieren, schützen und auch aufwerten, was oft zum Vorteil der Eigentümerschaft der involvierten Immobilien wird. Dabei spielt die kommunale Planung nicht selten ein doppeltes Spiel, einerseits als Mitermöglicherin der Raumaneignung, Öffnung und teilweise sogar Förderung des Betriebs und andererseits als Mitverantwortliche des Raumentzugs, indem die private oder öffentliche Eigentümerschaft darin unterstützt oder zumindest nicht daran gehindert wird, den aufgewerteten Standort einer anderen, zahlkräftigeren Mieterschaft zu übergeben.

Die Verstrickungen zwischen kommunalen, privatwirtschaftlichen und selbstverwalteten Akteur*innen in einer sich aus Alltagsräumen und -beziehungen heraus entwickelnden Erneuerung der Stadt lassen sich ohne die Integration dieser dritten Sphäre der Commons nur schwer nachvollziehen. In meinem Beitrag möchte ich die empirischen Untersuchungen, die wir in Kassel zu Räumen des Commonings als kooperativ-planerisches Produkt der soziokulturellen Initiativen der Stadt herausgefiltert haben, im Kontext kooperativer Planungswerkzeuge einerseits und in Rückbezug auf die Kontinuitäten in der Geschichte der Stadterneuerung als gemeinsame Planungsaufgabe von Kommune und Zivilgesellschaft andererseits diskutieren und in einer These zum notwendigen Einsatz der eigentlich bestehenden aber nicht mehr eingesetzten Planungsinstrumente zusammenführen.

21. Akteursgruppe: Zivilgesellschaft

Laura Doyé, *Architects for Future Cottbus*

Die Architects for Future (A4F)-Ortsgruppe Cottbus ist seit 2022 (Gründung 2020) ein zentraler Akteur in demokratischen Aushandlungsprozessen über die Entwicklung der Stadt Cottbus und in der näheren Region.

Cottbus befindet sich inmitten tiefgreifender stadtplanerischer Eingriffe im Kontext des Strukturwandels in der Lausitz. Die Stadt wächst, beschreibt sich als „Boomtown", ist geprägt durch eine starke Braunkohle-Lobby, altert demografisch und befindet sich in einer Region, die die Klimakrise in naher Zukunft durch Wasserknappheit und extreme Hitze erleben wird. Klimaschutz und -anpassung sind jedoch keine prominenten Themen der Cottbuser Stadtentwicklungspolitik (das Kommunalwahlergebnis zugunsten der AfD lässt hier auf keine Veränderung hoffen).

Daneben begünstigen verschiedene Faktoren deutliche Segregationstendenzen innerhalb des Stadtgebiets. Die Innenstadt ist saniert und die Mieten steigen auch in Cottbus, nicht zuletzt durch Immobilienspekulation, deutlich an. Zur Leerstandstilgung im kommunalen Bestand, zu etwa 90 Prozent DDR-Plattenbauten, werden seit 2015 Geflüchtete und Migrant:innen in den Wohnungen untergebracht. Dies führt nicht nur in den Quartieren zu massiven Spannungen, sondern zeigt sich zunehmend in einer gesellschaftlichen Spaltung zwischen der Altstadt und den Plattenbaugebieten. Insbesondere Neu-Schmellwitz im Norden der Stadt ist hiervon betroffen. Die Abwärtsspirale dreht sich spürbar nach unten. So konnte beispielsweise die Allgemeinärztin keine Nachfolge für ihre Praxis finden, weil die Zukunft des unsanierten Gebäudes zu ungewiss ist.

A4F Cottbus ist Initiatorin eines neuen Aushandlungsprozesses über die Zukunft der Plattenbausiedlungen. Anlässlich der bundesweiten Initiative zu einem „Abrissmoratorium"1 wurde Anfang 2023 die Diskussion über Abriss, Erhalt und Aufwertung des DDR-Wohnungsbestandes mit dem Dezernat Stadtentwicklung und den beiden größten Wohnungsunternehmen im Rahmen eines Podiums aufgenommen. Bei der Folgeveranstaltung zum „Abrissmoratorium" zu Beginn dieses Jahres unter dem Motto „Platte for Future" nutzte die Gebäudewirtschaft Cottbus (GWC) den öffentlichen Diskurs für das Versprechen, dass ihr Bestand nicht mehr abgerissen würde. Das kommunale Unternehmen hält den größten Anteil an den Plattenbauten. Dass darüber überhaupt öffentlich gesprochen wird, ist ein Erfolg der A4F-Gruppe in Cottbus (zivilgesellschaftliche Akteure in Hoyerswerda wünschen sich ebenfalls eine solche öffentliche Diskussion und die OG Cottbus unterstützt sie dabei).

Vielfältige Akteure aus dem sozialen und kulturellen Bereich sind über das Thema Erhalt und Aufwertung von bestehenden, weitestgehend sozial prekären Quartieren

in den Diskurs eingestiegen. A4F Cottbus ist in kurzer Zeit zu einem relevanten fachlichen Knotenpunkt zwischen Zivilgesellschaft, Wohnungsunternehmen und Stadtentwicklung geworden. Der Transfer zwischen Stadtentwicklung(spolitik) und Zivilgesellschaft ist eine Besonderheit des A4F-Netzwerks. Dies liegt zum einen an dem starken Engagement, mit der A4F Cottbus fachliche Mitsprache einfordert. Zum anderen sind Entscheidungsträger:innen in Stadtentwicklung und Wohnungsunternehmen in Teilen zugänglich für den fachlichen Austausch.

Derzeit arbeiten wir gemeinsam mit der GWC an einem Prozess für die innovative Sanierung eines Plattenbaublocks in Neu-Schmellwitz mit dem Anspruch, beispielhaft soziale und ökologische Belange zusammenzubringen. Aus diesem Projekt und unserem weiteren Engagement würden wir gern bei der Tagung „Zivilgesellschaftliches Engagement und Stadterneuerung“ berichten.

22. Forschende Lehrprojekte als Urban Living Labs in der Stadt – Hybride Settings für neue öffentlich-zivile Kooperationen

Hendrik Weiner, *Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg*

Lehrprojekte dienen der Vermittlung und Erarbeitung praxisbezogener Inhalte in der universitären Lehre. Erweitert um die Ansätze „Engaged Learning" (Chmelka et al. 2023) sowie „Live Projects" (Harriss et al. 2014) treten sie aus dem akademischen in den urbanen Raum. Sie werden mit offenen Problemstellungen, verschiedenen Akteuren, sich verändernden Rahmenbedingungen und plötzlich auftretenden neuen Faktoren konfrontiert. Damit werden sie zu praxis-forschenden Lehrprojekten, von denen von nichtakademischer Seite oft auch Lösungen erwartet werden. Sie bieten die Chance eine inter- und transdisziplinäre Arbeitsweise und Ko-Gestaltungsprozesse zu entwickeln.

Anhand der Projekte in:takt – Freiraum für alle in Magdeburg (in:takt 2024) und COCO (CommonigCottbus) in Cottbus werden Rahmenbedingungen, Prozesse, Chancen für die Stadtgesellschaft und Herausforderungen für die Beteiligten diskutiert.

Das in:takt – Freiraum für Alle startete 2018 im Rahmen eines Seminars als Zwischennutzung in Kooperation mit der Landeshauptstadt Magdeburg und der Wohnungsbaugesellschaft Magdeburg mbH. Durch die Studierenden selbst organisiert und inhaltlich gemeinsam entwickelt wuchs ein lebendiger Ort als „ Freiraum für Alle" in der Magdeburger Innenstadt, nicht-kommerziell und offen für Interessierte und Initiativen der Stadt. Als Treffpunkt und Projektort mit neuen öffentliche Angeboten verknüpft er Studierende und damit Universität, aktive Zivilgesellschaft und Bevölkerung direkt. Die Zwischennutzung konnte gegen Widerstände mehrmals verlängert, das Projekt in eine permanente Nutzung überführt werden.

Mit dem COCO soll in der Cottbuser Innenstadt ein Urban Living Lab entstehen, das Lehre und Forschung, studentische wie auch zivilgesellschaftliche Initativen und die Bevölkerung miteinander an einem Ort verschränkt. Hier soll mit Referenz zum Strukturwandel der Region sichtbar kollaborativ miteinander gearbeitet und geforscht werden. Seit über einem Jahr wird dafür in Studienprojekten und Seminaren bottom-up mit Akteuren in der Stadt vernetzend gearbeitet.

Das Initiieren dieser studentisch basierten Labor-Projekte nutzt das Konzept „Research through Design" (Rittel et al 2013) und den Ansatz der Design- und Aktionsforschung (vgl. Telier et al. 2011, Smith et al. 2024, Chevalier et al. 2013, Kindon et al. 2008). Es zielt auf die Schaffung einer neuen Art von Infrastruktur als Verknüpfung akademischer und zivilgesellschaftlicher Akteure und Ressourcen in einem hybriden Setting, in der alle Arten von Wissen ernst genommen werden und

alle Arten von Menschen in einer demokratischen und wertschätzenden Atmosphäre mitgestalten können.

Der Beitrag reflektiert und diskutiert den Lehr- und Forschungsansatz als Ansatz zu einem public-community-driven Urban Living Lab sowie den Weg dorthin mit seinen Herausforderungen, Kämpfen und Potenzialen im Bereich des gemeinsamen Lernens und Stadt-Machens.

23. Fragiles Gerüst: Der Einfluss der Nachverdichtung auf das soziale und räumliche Gefüge in der Platensiedlung

Lisa Kaufmann, *TU Wien*
Linda Ponradl, *saloony e.V.*

Die Nachverdichtung der Platensiedlung ist aktuell eines der größten Bestandstransformationsprojekte Deutschlands. Das Quartier entstand in den 1950er-Jahren für Angehörige des US-Militärs und war nach Abzug der Truppen im Jahr 1995 lange Zeit von einer homogenen Wohnungsstruktur mit einem hohen Anteil an Sozialwohnungen geprägt. Durch Aufstockungen und Anbauten entstehen mehr als doppelt so viele neue Wohneinheiten. Sowohl die angespannte Wohnungsmarktsituation in Frankfurt am Main als auch das schlechte Image der Siedlung sollten durch die Nachverdichtungsmaßnahmen verbessert, die Mieter:innenstruktur diversifiziert werden. Mit zusätzlich geplanten Infrastruktureinrichtungen wie Kitas und Einzelhandel könnte ein durchmischtes städtisches Quartier entstehen.

Dieser Beitrag beschäftigt sich mit den räumlichen und zeitlichen Abhängigkeiten zwischen der baulichen Veränderung in der Platensiedlung und den Möglichkeitsräumen der zivilgesellschaftlichen Akteur:innen vor Ort. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf der Rolle des Vereins saloony e.V., dessen Arbeit sich hauptsächlich auf den interkulturellen Austausch konzentriert. Die Initiative organisiert Begegnungscafés, Stadtteilführungen sowie gemeinsame Näh- und Kochveranstaltungen, die darauf abzielen, die Bewohner:innen zu vernetzen und das soziale Miteinander zu stärken.

Anhand zweier Zeitfenster – vor und während der baulichen Maßnahmen – wird der Nachverdichtungsprozess und seine Auswirkung auf die Bewohner:innen und die aktiven Vereine vor Ort untersucht. Dabei werden die Entwicklungen nachgezeichnet, die zur Verdichtung führten, und stellt sie den zivilgesellschaftlichen Interventionen im Stadtteil gegenüber. Darüber hinaus werden die vorhandenen und neuentstandenen Möglichkeitsstrukturen für soziale Interaktion analysiert und Handlungsoptionen für eine zukünftige räumliche Intervention erörtert.

Erste Analysen zeigen, dass die Bereitstellung von gefördertem Wohnraum für bestimmte Einkommensklassen Einfluss auf die Handlungsfähigkeit der vor Ort aktiven gemeinwohlorientierten Vereine hat. Gleichzeitig können bauliche Veränderungen in monofunktional auf das Wohnen ausgelegte Siedlungen zu einer stärkeren Mischnutzung beitragen und Orte für die Implementierung und Verankerung von sozial ausgerichteten Organisationen bereitstellen. Der Beitrag diskutiert, inwiefern diese Chancen in der Platensiedlungen ergriffen wurden, erörtert mögliche zukünftige Entwicklungen vor Ort und gibt Empfehlungen für vergleichbare Projekte.

24. Das Private ist politisch Aushandlungen zwischen Gemeinwohl und privaten Interessen im Rathausblock (Berlin)

Laura Calbet Elias, *Universität Stuttgart*
Aya Isabell Kleine, *Humboldt Universität Berlin und Leibniz Institut für Raumbezogene Sozialforschung*

Das Engagement zivilgesellschaftlicher Akteure für den Erhalt von Quartieren und Arealen entsteht häufig als Reaktion auf Planungsabsichten, die ihren Wertvorstellungen, Bedürfnissen, Stadtentwicklungsansprüchen und wertgeschätzten Orten widersprechen. Mit ihrem Engagement berufen sie sich auf ihre Gemeinwohlorientierung, wenn sie diese bei den Plänen privater oder staatlicher Akteure nicht oder nur unzureichend erkennen. Auf diesem Gemeinwohlanspruch beruht die Legitimation zivilgesellschaftliche Gruppen und kann sie zu innovativen, verlässlichen und zugleich kritischen Partnerinnen in Kooperationsprozessen machen. Gleichwohl verlangt diese oft langanhaltende Mitwirkung häufig eine Motivation, in der stadtpolitischer Gestaltungsanspruch und private Interessen (z.B. nach bezahlbarem Wohn- oder Gewerberaum) zusammen fallen. Persönlichen Interessen können in diesem Zusammenhang entweder tatsächlich illegitim sein oder gezielt zu einer Delegitimierung der gemeinwohlorientierten Ansprüche verwendet werden. Private Interessen sind somit häufig sowohl ein Antrieb zivilgesellschaftlichen Engagements als auch die Achillesferse ihrer Geltung.

Am Fallbeispiel des sogenannten Rathausblocks in Berlin blicken wir auf das Spannungsfeld zwischen Gemeinwohlanspruch und eigenen Interessen, auf der Grundlage von empirischen Ergebnissen unseres Forschungsprojektes KoopWohl (siehe www.koopwohl.de). Der Rathausblock gilt als Modellprojekt, bei dem zivilgesellschaftliche Akteure paritätisch mit Akteuren von Politik und Verwaltung über die Entwicklung des fünf Hektar großen Areals entscheiden. Die zivilgesellschaftliche Seite forderte unter anderem 100 Prozent bezahlbaren Wohnraum mit einem hohen gemeinschaftlichen Anteil. Dass engagierten Gruppen selbst bei der Wohnungsvergabe privilegiert werden sollten, galt sowohl für die Stadt als auch für die zivilgesellschaftlichen Akteure als kaum legitimierbar und forderte spezifische Lösungsansätze. Dennoch schwächte diese Frage die zivilgesellschaftliche Willensbildung und ihr Durchsetzungsvermögen, während für die Stadt konkrete Ansprechpartner:innen für die Anliegen und Interessen des gemeinschaftlichen Wohnungsbaus fehlten. Andererseits zeigen Projekte wie das Haus der Statistik oder das Gängeviertel in Hamburg, dass gemeinwohlorientierte Forderungen und individuelle Bedarfe sinnvoll zusammengeführt werden können.

Unser Diskussionsbeitrag diskutiert aus stadtplanerischer und politikwissenschaftlicher Perspektive die Frage nach konstruktiven Modellen, um zivilgesellschaftliches Engagement im Sinne einer stärker gemeinwohlorientierten Planung legitimerweise einzubinden und nachhaltig zu stärken.

25. Test- und Verhandlungsräume der Stadterneuerung

Marieke Behne, Dominique Peck, Renée Tribble, Marius Töpfer, Lisa Marie Zander, *PROJEKTBÜRO*

Unser Beitrag befasst sich mit dem Thema Praxis und Prozesse zivilgesellschaftlich orientierter Stadterneuerung anhand von zwei Beispielen zivilgesellschaftlichen Engagements in Hamburg Rothenburgsort und Farmsen-Berne in Bezug zu zwei durch unser Büro projektbüro durchgeführter Praxisprojekte. Das Zivilgesellschaftliche Engagement initiiert und getragen durch die in den jeweiligen Stadtteilen ansässigen Vereine Mikropol (seit 2019) und KuBiZ (seit 2016) richtet sich an die unmittelbare Nachbarschaft. Räumlich sichtbare Aushandlungsorte sind dabei ein ehemaliges Toilettenhäusschen auf einer Verkehrsinsel in Rothenburgsort, sowie eine ehemalige Grundschule inmitten der Gartenstadt Berne. In beiden Stadtteilen begründet sich das zivilgesellschaftliche Engagement in dem fehlenden Angebot öffentlich finanzierter Regelangebote an kultureller und sozialer Infrastruktur. Deshalb arbeiten ihre Mitglieder:innen daran, dieses Defizit auszugleichen und sorgen in der Summe ihrer Aktivitäten für eine bemerkenswert lebendige, vielfältige und sorgende Stadtteilkultur. Diese aus der Nachbar:innenschaft selbst etablierten Räume schaffen 1:1 Tests der räumlichen und strukturellen Verhandlung mit dem Ziel der Verstetigung. Im Rahmen zweier durch projektbüro durchgeführter Praxisprojekte richtet sich unser Interesse auf die kooperative Einbindung dieser Praxen und Prozesse des zivilgesellschaftlichen Engagements in die Architektur- und Stadtplanung sowie Stadtpolitik. Besonderer Fokus liegt dabei auf dem über einen langen Zeitraum erarbeiteten Alltagswissen der Nachbarschaft von und an den jeweiligen Orten. Damit richtet die Praxis von projektbüro den Blick auf eine in Planungsprozessen häufig vernachlässigte kleinteilige und qualitative Perspektive, die sich mit den alltäglichen Formen der Aneignung, des Gebrauchs und lokalen Wissens in kleinräumlichen Situationen befasst und diese gleichzeitig mit den Anforderungen, Bedingungen und Wissensformen der Planung, Verwaltung und Politik verknüpft. Diese Verknüpfung trägt zu einer nachhaltigen Pflege und Sorge von städtischen Räumen bei, was das Engagement vor Ort unterstützt und zu einer langfristigen Stabilität der Projekte führt. Unser Beitrag soll aufzeigen, dass durch spezifische, der Situation und den beteiligten Akteuren angemessene Formate und Methoden, wie eispielsweise die Einbindung in Planungsprozesse der Architektur oder die Initiierung eines Projektbegleitkreis u.a. bestehend aus Akteuren der Nachbarschaft, Planung und Verwaltung zivilgesellschaftliche Organisationen Teil kooperativer Stadterneuerungsvorhaben werden können. Dabei geht es vor allem darum, das zivilgesellschaftliche Engagement vor Ort als wichtigen sozialen und räumlichen Bestand zu verstehen.

26. Selbstverwaltet Kommunal – Zur Verwebung von Selbstverwaltungsprozessen und kommunaler Daseinsfürsorge in der Stadtentwicklung

Anna Heiligmeier, *TU Berlin*

In der akademischen Forschung und Lehre sind Commons und die Reproduktion der Stadt als Gemeingut als Grundlage einer sozialeren Stadtentwicklung jenseits von Staat (öffentlich) und Markt (privat) ein viel diskutiertes Thema. Wenn wir aber Commons nicht als Nischen, sondern als grundlegende Orte für die Debatte um das Gemeinwohl im Spannungsfeld zwischen Freiheit und Gleichheit, Lokalität und Globalität, Gemeinschaft und Gesellschaft verstehen, wäre es hilfreich nicht den Gegensatz zwischen Staat (=Daseinsvorsorge) oder Privat/Zivilgesellschaft (= Rückzug des Staates) zu diskutieren, sondern sie als sozialräumliche Potentiale einer Verwebung der oben genannten Pole in den Blick zu nehmen. Hierzu gibt es bisher noch zu wenig gesammeltes Wissen.

Seit Anfang der 2010er Jahre dienen Modelle der Kombination und Kooperation der beiden Sphären – selbstverwaltete Stadtentwicklung und staatliche Daseinsfürsorge - als Inspirationsquelle einer kritischen Berliner Stadtbewegung. Stadtpolitische Initiativen begannen demokratisierte Betriebssysteme mit an lokale Mieter:innen angepassten Stufen der Mitbestimmung und Selbstverwaltung zu untersuchen, weiter zu entwickeln und deren Umsetzung in kommunalen Beständen, Neubau- und Stadtentwicklungsprozessen einzufordern (Kotti & Co., seit 2011, Stadt von Unten und Initiative neuer kommunaler Wohnungsbau, seit 2014, kommunal & selbstverwaltet Wohnen, seit 2018, Deutsche Wohnen & Co. enteignen seit 2020).

Im Rahmen der Seminarreihe `Spatial Commons` wurde 2016 eine Kooperation zwischen dem Fachgebiet für Städtebau und Urbanisierung (CUD), der Zentraleinrichtung Wissenschaftliche Weiterbildung und Kooperation (ZEWK), beide TU Berlin, und der stadtpolitischen Initiative Stadt von Unten gestartet. Angeregt durch den Wunsch der Initiative Wissen für eine selbstverwaltet-kommunale Entwicklung einer bundeseigenen Fläche zu sammeln, wurden im Projektlabor "Selbstverwaltet Kommunal" über 20 Modellprojekte mit dem Potential städtebauliche Parameter strukturell zu verändern untersucht. In einem kollektiven Lernprozess wurden sie hinsichtlich ihrer Finanzierung, ihrer Organisations- und Entscheidungsstrukturen, ihrer gesellschaftspolitischen und sozialen Hintergründe und ihrer Entwicklungsprozesse diskutiert und ein Baukastensystem für eine modellhafte gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung erarbeitet.

Im Rahmen meiner PhD Forschung wurden die 2016 entstandenen Ergebnisse einem zweifachen Re-Reading unterzogen. In einem ersten Schrift wurden aus den Bausteinen Funktionsweisen und Prototypen sozial-räumlicher Allmenden herausgearbeitet. In einer Art Reality Check wurden diese mit Initiatvenmitgliedern

rund um das durch Stadt von Unten eingeforderte und durch den Senat 2018 beschlossene Modellprojekt Rathausblock/Dragonerareal kritisch reflektiert und auf ihre Realisierbarkeit innerhalb eines solchen Stadterneuerungsprojekts überprüft. Die gewonnen Erkenntnisse sollen im eingereichten Beitrag diskutiert werden.

27. DFG KOPRO Int.

Paola Alfaro-d'Alençon, Franziska Dehm, Susana Restrepo Rico, Nikolaus Podlaha, Julia Tasic, *DFG KOPRO Int.*

Das Forschungsprojekt DFG KOPRO Int. untersucht, wie unterschiedliche Ansätze von Ko-produktion in der Stadtentwicklung in Fallbeispielen in Deutschland und Chile gemeinschaftliches Handeln sowohl im Entwicklungsprozess als auch in den Ergebnissen fördern und welcher materieller Stadtraum dabei entsteht. Aus der Forschungsarbeit lassen sich folgende Schlussfolgerungen ziehen:

1. Zentral sind bei dem gemeinschaftlichen Handeln die Governance-Strukturen zwischen staatlichen, privatwirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Akteur:innen.

2. Einfluss auf die Quartiersentwicklung: Aus der deutschen Fallstudie - dem Entwicklungsgebiet um den ehemaligen Blumengroßmarkt in Berlin, bei dem als einer der ersten Fälle in Deutschland Liegenschaften im Konzeptverfahren vergeben wurden – lässt sich viel über die Anwendung von Instrumenten zur Integration in die benachbarten Quartiere ablesen.

Spezielle Relevanz erlangt dies hinsichtlich des Projekts „Sozialer Zusammenhalt" des Quartiersmanagements Südliche Friedrichstadt rund um den Mehringplatz.

Hierfür wurden bereits im Vergabeprozess klare Ziele formuliert, die sich jedoch ebenfalls in einem rigiden Framework zur Austragung dieses Engagements identifizieren lassen.

Die Frage wird aufgeworfen, inwiefern die entstehende Form der Partizipation nachhaltige und inklusive Räume, die über eine Einbeziehung während des (Ko-) Produktionsprozesses hinausgehen, begünstigt.

Eine der vergleichenden chilenischen Fallstudien, die Initiative des „Mapocho Pedaleable"-Projekts in Santiago de Chile, zeigt, dass gemeinschaftliche Initiativen oft nur von kurzer Dauer sind und dass nur schwer tiefgreifende Veränderungen in den Governance-Strukturen über die Projektplanung erreicht werden können.

Im deutschen Kontext, wo Beteiligung und Ko-Produktion immer weiter institutionalisiert wird, lässt sich hier mehr Potential erkennen, wobei sich Ko-Produktionsprozesse hier durch eine Differenzierung zwischen Globalem Norden und Süden in die Kategorien "collaborative" vs "contested" einteilen lassen. Dies gründet auf der Einsicht, dass Ko-Produktion im chilenischen Rahmen vielmehr auch als Mittel zur sozialen Emanzipation verstanden wird.

3. Es muss schlussendlich die Frage aufgeworfen werden, welche Instrumente - rechtliche, ökonomische und persuasive (Selle) - zu tatsächlicher Teilhabe führen und wie verhindert werden kann, dass die gemeinschaftlich entwickelte Ressource Raum als Commons im Sinne von Elinor Ostrom zu einem abgeschotteten Club wird.

Das Projekt ist assoziiert mit dem New European Bauhaus Projekt Vision 31 an der Frankfurt University of Applied Sciences.

28. Raumbilder als Werkzeug zur Einbindung von Zivilgesellschaft in strategische Planungen

Maria Frölich-Kulik, *Bauhaus-Universität Weimar*
Lukas Pappert, *TU Berlin*
Sigrun Langner, *Bauhaus-Universität Weimar*
Anke Hagemann, *TU Berlin*

Die Zivilgesellschaft muss eine stärkere Rolle bei der Gestaltung und Entwicklung von klima- und sozialgerechten Stadt-Land-Beziehungen einnehmen. In ländlichen, oftmals strukturschwachen Räumen liegt ein großes Potenzial in der stärkeren Unterstützung und Vernetzung engagierter Initiativen, die bereits häufig Entwicklungen, z.B. in den Bereichen Natur- und Umweltschutz, Mobilität, Energie oder Leerstandsentwicklung, auf lokaler Ebene anstoßen und meist projektorientiert arbeiten. Diese Initiativen und Ansätze zivilgesellschaftlichen Engagements können dazu beitragen, nachhaltige Transformationspfade einzuschlagen, wenn sie stärker in eine integrative strategische Planung eingebunden werden. Dafür werden Werkzeuge benötigt, die es ermöglichen, zivilgesellschaftliches Engagement, lokales Wissen und Netzwerke in strategische Planungen mit einzubeziehen und die unterschiedlichen Interessen, Wissensbestände und Rahmenbedingungen aufeinander abzustimmen, um gemeinsame Zukunftsvisionen zu entwickeln.

Vor diesem Hintergrund gewinnen sogenannte Raumbilder im europäischen Raumplanungskontext zunehmend an Bedeutung. Der Begriff „Raumbild" beschreibt ein informelles, strategisches Planungs- und Kommunikationsinstrument, mit dem transdisziplinär und kooperativ mit Akteuren aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Zivilgesellschaft Zukunftspotenziale von Regionen aufgedeckt und Transformationspfade skizziert und diskutiert werden können. Raumbild Prozesse bieten eine Plattform, um verschiedene Akteur*innen einer institutionalisierten strategischen Raumplanung mit zivilgesellschaftlichen Initiativen in einen Austausch zubringen, kollektive Lernprozesse und koproduktive Wissenserzeugung zu befördern, sowie co-kreativ an Zukunftsvisionen für eine Region zu arbeiten.

Im Rahmen des Forschungsprojektes Urban-Rural-Assembly (URA)1 wurde in der erweiterten Region Nordhausen ein Raumbild-Prozess initiiert und gemeinsam mit AkteurInnen aus der Zivilgesellschaft, Politik und Wissenschaft Zukunftspfade für eine nachhaltige, kreislauforientierte, sozial und klimagerechte Entwicklung erarbeitet. Wir möchten die in dem Call adressierte „Stadterneuerung" um den Fokus auf Stadt-Land-Beziehungen erweitern und am Beispiel des Vorgehens in Nordhausen das Potential von Raumbildprozessen als Werkzeug zur Einbindung der Zivilgesellschaft in strategische Planungen von klima- und sozialgerechten Stadt-Land-Beziehungen herausarbeiten.

29. Eine digitale Plattform zur Stärkung von Bürgerbeteiligung und Engagement in Kleinstädten und Gemeinden

Sebastian Juhnke, Torsten Wißmann, Isabelle Tischer, *FH Erfurt*

Die Stärkung von Bürgerbeteiligung und zivilgesellschaftlichem Engagement sind zentrale Aspekte moderner Stadterneuerung, besonders in ländlichen Räumen, wo traditionelle Partizipationswege oft versperrt sind. Damit private Initiativen und Ideen nicht in einer Sackgasse enden, erlaubt es das soziale lokale Netzwerk SoLokal Menschen vor Ort, sich miteinander zu vernetzen. Dieser Beitrag präsentiert in Verschränkung von Forschung und Praxis die Entwicklung und Implementierung von SoLokal im ländlichen Thüringer Raum. SoLokal wurde als digitale Beteiligungsplattform speziell für strukturschwache Regionen entwickelt, um es Bewohner:innen zu ermöglichen, sich miteinander zu vernetzen, aktiv an Planungsprozessen teilzunehmen und eigene Ideen zur Verbesserung ihrer Gemeinde einzubringen.

Digitale Partizipationsplattformen wie SoLokal haben das Potenzial, die soziale Integration zu fördern, die lokale Resilienz zu stärken und die Lebensqualität in ländlichen Gemeinden nachhaltig zu verbessern. SoLokal bietet eine niederschwellige Möglichkeit für Bürger:innen, sich in lokale Planungsprozesse einzubringen, ihre Stimmen zu Gehör zu bringen und gemeinschaftliche Projekte zu initiieren. Dabei wird besonders auf die Schaffung einer inklusiven und transparenten Beteiligungskultur geachtet, die alle Bevölkerungsgruppen anspricht, inklusiver älterer Bürger:innen, die das Internet selbst nicht aktiv nutzen.

Bei der Implementierung von SoLokal zeigen sich auch erhebliche Herausforderungen: In strukturschwachen ländlichen Räumen fehlt es oft an Planungsbudgets, was die Anzahl realisierbarer Vorhaben einschränkt. Zudem hängt die Aktivierung der Bürger:innen stark vom Zusammenhalt vor Ort ab. Eine weitere Hürde ist die Tendenz zum Rückzug ins Private, die durch sozioökonomische Unsicherheiten und demografischen Wandel verstärkt wird. Diese Faktoren können die Effektivität von SoLokal beeinträchtigen und erfordern gezielte Maßnahmen zur Mobilisierung der Bürger:innen.

Der Beitrag diskutiert die Methodik der Bedarfserhebung, die technischen und sozialen Herausforderungen bei der Implementierung der Plattform sowie die bisherigen Erfahrungen und Erkenntnisse aus den Pilotgemeinden. Zudem wird erörtert, wie digitale Partizipationsplattformen zur langfristigen Verstetigung zivilgesellschaftlichen Engagements in der ländlichen Kleinstadt- und Gemeindeentwicklung beitragen können.

Durch die Einbindung der Zivilgesellschaft in digitale Beteiligungsprozesse leistet SoLokal einen Beitrag zur gemeinwohlorientierten und nachhaltigen Entwicklung

strukturschwacher ländlicher Räume. Diese Studie bietet wertvolle Einblicke in die Weiterentwicklung partizipativer Ansätze in der Stadterneuerung und zeigt auf, wie digitale Werkzeuge zur Stärkung der lokalen Demokratie und des sozialen Zusammenhalts eingesetzt werden können.

30. Zwischen Erwartungsdruck und Engagement: Zivilgesellschaftliche Initiativen der Bestandsentwicklung in ländlichen Räumen Ostdeutschlands

Nina Gribat, *Brandenburgisch-Technische Universität Cottbus-Senftenberg*
Hannes Langguth, *HafenCity-Universität Hamburg*

Zivilgesellschaftliche Akteure, Vereine und Initiativen bilden eine tragende Säule der Stadterneuerung in Kleinstädten und ländlich geprägten Regionen. Insbesondere gemeinschaftliche Erneuerungs- und Wohnprojekte leisten hierbei einen wesentlichen Beitrag, sehen sich jedoch in ihrer alltäglichen Arbeit mit einer erhöhten Erwartungshaltung an ihr Wirken konfrontiert. So ist ihr Engagement mehrheitlich verknüpft mit Erwartungen hinsichtlich der Schaffung neuer kultureller Angebote, Treffpunkte, oder auch Arbeitsplätze, bis hin zur aktiven Demokratiearbeit. Diese Logik spiegelt sich in zahlreichen Bund-Länder-Programmen wider, eine breite und strukturelle Förderung wird jedoch aus verschiedenen Gründen abgelehnt. Das anhaltende Erstarken rechter Parteien und die Landnahme von Rechts erhöhen nicht nur die Erwartungen an die betreffenden Akteure, sondern setzen deren Arbeit vor Ort weiter unter Druck.

Dieses Dilemma zivilgesellschaftlicher Arbeit in der Bestandsentwicklung kleinstädtischer und dörflicher Kontexte findet in gegenwärtigen Diskursen zur Stadtentwicklung, welche ihren Fokus hauptsächlich auf (groß)städtische Initiativen legt, nur wenig Beachtung. Anhand von Fallbeispielen unterschiedlich stark peripherisierter Regionen des ländlichen Raumes Ostdeutschlands, dem Schwarzatal im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt (Thüringen) und dem Landkreis Oder Spree (Brandenburg), analysieren wir die mit den Erneuerungspraktiken von gemeinschaftlichen Wohnprojekten verknüpften Erwartungen und den Umgang der handelnden Akteure mit diesen. Themen wie Förderlogiken, Bürokratie, Multitasking, Erschöpfung stehen hierbei im Vordergrund.

Konzeptuell stützt sich der Beitrag auf Debatten des „Sorgetragens" und bezieht diese auf den Kontext der Bestandsentwicklung in ländlich geprägten Regionen Deutschlands. Damit sollen nicht nur unterschiedliche zivilgesellschaftliche Erneuerungspraktiken sichtbar, sondern deren Herausforderungen diskutiert und Ableitungen für eine zukünftige Politik gemacht werden. Der Beitrag basiert auf Ergebnissen und Erfahrungen aus laufenden Forschungs- und Projektförderungen (u.a. b-tu Cottbus-Senftenberg) mit Fokus auf die zuvor genannten Regionen.

31. Relevanz und Vielfältigkeit kooperativer Ortsentwicklung

Antonia Lenz, *Rheinland-pfälzische Technische Universität Kaiserslautern*

Kooperative Stadtentwicklungsprozesse gewinnen in den letzten Jahren zunehmend an Relevanz. Unter kooperativer Stadtentwicklung wird eine Stadtentwicklung verstanden, bei der Akteure aus Kommunalpolitik, Verwaltung und Zivilgesellschaft sowie stellenweise weitere Akteure Projekte gemeinschaftlich und auf Augenhöhe entwickeln.1 Wissenschaftlich untersucht und von der Politik wahrgenommen, wird dabei bisher vorzugsweise der urbane Raum. Beispielsweise richtete sich der Bundespreis Koop.Stadt der Nationalen Stadtentwicklungspolitik ausschließlich an Städte und Gemeinden ab 10.000 Einwohnenden.

Allerdings geht der Beitrag davon aus, dass kooperative Stadtentwicklung, bzw. kooperative Ortsentwicklung auch in ländlichen Räumen eine wichtige Rolle spielt, bislang aber wenig thematisiert wird. Viele Best-Practice-Beispiele sowie die Durchführung von qualitativen Interviews zeigen die hohe Relevanz von kooperativer Ortsentwicklung. Die von ehrenamtlichen Personen (mit)getragenen Projekte sind ortsabhängig bedeutend für die Entwicklung des Ortes und der Zivilgesellschaft. Unter anderem als Reaktion auf rückläufige Angebote der Daseinsvorsorge, schlechter Anbindung an den ÖPNV oder dem Wunsch nach Dritten Orten mit Angeboten aus den Bereichen Freizeit und Kultur schließen sich mancherorts engagierte Bürger zusammen. Interessant ist dabei die Vielfältigkeit kooperativer Ortsentwicklung, bezogen auf Themen, Maßstabsebenen, Projektumfang, Beweggrund, Projektart, Instrumenteneinsatz sowie den Modularitäten bei Planung, Umsetzung und Betrieb.

Unabhängig, ob in der Stadt oder auf dem Land, kooperative Stadtentwicklungsprozesse erstrecken sich über zahlreiche Themenfelder und kombinieren diese teilweise zu multifunktionalen Projekten und Orten. Trotz der vom Raumtyp unabhängigen Themenvielfalt gibt es einige Unterschiede zwischen kooperativer Stadt- und Ortsentwicklung. Etwa welche Themenfelder schwerpunktmäßig kooperativ entwickelt werden oder welche Instrumente dabei zum Einsatz kommen.

Der Beitrag im Rahmen der Tagung will die Relevanz der Forschung im Bereich der kooperativen Ortsentwicklung im ländlichen Raum verdeutlichen. Er stellt ausgewählte (Fall-)Beispiele, typische Merkmale und Projekte aus verschiedenen Themenbereichen sowie die Heterogenität der kooperativen Ortsentwicklungsprojekte vor. Zudem sollen auf Grundlage dieser Erkenntnisse Unterschiede zwischen kooperativer Stadtentwicklung und kooperativer Ortsentwicklung thematisiert werden.

Notizen

Tagungen zum Jahrbuch Stadterneuerung

Seit 2008 veranstaltet der Arbeitskreis Stadterneuerung an deutschsprachigen Hochschulen jährlich eine Tagung zu wechselnden Fragestellungen zur Stadterneuerung. Das Jahrbuch Stadterneuerung wird herausgegeben von Uwe Altrock, Grischa Bertram, Ronald Kunze, Detlef Kurth, Jan Polivka, Holger Schmidt, Gisela Schmitt und Renée Tribble.

Weitere Informationen zum Jahrbuch Stadterneuerung und der Tagung sowie früheren Tagungen des Arbeitskreises finden Sie unter *https://www.springer.com/series/14364*

Jahrestagungen des Instituts für Europäische Urbanistik

Anlässlich seines zwanzigsten Bestehens richtet das Institut für Europäische Urbanistik 2024 die Tagung zum Jahrbuch Stadterneuerung als IfEU-Jahrestagung aus. Mit der Reihe der IfEU-Tagungen werden seit 2014 Forschungsthemen, die am IfEU bearbeitet werden, nach außen kommuniziert. Angestrebt ist dabei eine enge Verzahnung zwischen Lehre und Forschung und eine Sichtbarkeit der Forschungsschwerpunkte von einzelne (Jun.)-Professuren des IfEU. Aktuell sind neun Professuren Institutsmitglieder.

Mehr Informationen zu den IfEU-Jahrestagungen finden Sie unter *https://www.uni-weimar.de/de/architektur-und-urbanistik/institute/ifeu/forschung/jahrestagungen/*

20 IfEU

Bauhaus-Universität Weimar

Institut für Europäische Urbanistik